

# Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Anträger vierteljährlich 3.90, monatlich 1.30 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeitspalte oder deren Raum 60 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vorabends, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 128.

Mittwoch, den 4. Juni 1919.

26. Jahrg.

## Der Ruck nach links.

Die Stimmung im Volke ist gereizt. Man schimpft auf die schlappe Regierung Ebert-Scheidemann, sie habe ihr Versprechen nicht gehalten, schimpft auf die Leiter der Partei, sie leisten nichts, schimpft auf die Presse, die nicht radikal genug schreibt; man wendet sich gegen die Mehrheitssozialisten, weil sie das Erfurter Programm nicht beachten; schimpft auf die Bürgerlichen, schimpft auf den Frieden, kurzum: Die Volksseele ist erkrankt. Wer von den Parteigenossen sich einen ruhigen Blick bewahrt, muß mit Schmerzen wahrnehmen, daß auch ein Teil unserer Führer von der Krankheit ergriffen wurde. Sie meinen, nur der Ruck nach „links“ kann alles wieder gut machen. Radikal ist Trumpf! Wer die schärfsten Worte im Munde führt, findet den rauschendsten Beifall der Masse.

Radikaler Phrasenschwall bedeutet aber noch lange nicht praktische Arbeit! Daß nach fünfzehnhundertjähriger Schenckollernwirtschaft in fünf Monaten nicht in allen Stuben der alten Staatsbureaucratie gründlich aufgeräumt werden konnte, muß jedem vernünftigen Menschen klar sein. Aber wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Seit sechs Monaten ist das deutsche Volk das freieste Volk der Erde geworden. Die Forderung des Erfurter Programms nach Einführung des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Männer und Frauen wurde verwirklicht. Ausnahme Gesetze aller Art wurden aufgehoben. Die Arbeiterschutzbestimmungen sind wieder durchgeführt. Die Forderung des Erfurter Programms nach Einführung des Normalarbeitstages ist verwirklicht. Im Bäcker- und Handwerksgebiete, sowie in Apotheken ist die Sonntagsruhe für Angestellte und Arbeiter Gesetz geworden. Freies Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrecht für Arbeiter, Beamte und Staatsarbeiter; freie Meinungsäußerung, Freiheit der Religionsübung ist gewährleistet.

Der Achtstundentag der Angestellten im Handelsgewerbe ist durchgeführt. Die Förderung des Wohlstandes der schaffenden Stände ist durch das kurz vor der Revolution errichtete Reichsarbeitsamt wesentlich erweitert. Die erste Frucht dieser Tätigkeit war die gesetzliche Einführung der Erwerbslosenunterstützung für unverheiratete arbeitstüchtige Arbeiter. Weiter wurde zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit der Unternehmer gezwungen, den Bedarf von mehr als fünf Arbeitskräften den Arbeitsnachweisern zu melden. Eine Geldstrafe von 3000 Mark verurteilt denjenigen, der diese Vorschrift nicht erfüllt. Das Freimachen der Arbeitsstellen in Betrieben von Personen, die vor dem Kriege auf Erwerb nicht angewiesen waren, die sich als Land- oder Forstarbeiter, Bergarbeiter oder Gefährten betätigen, oder die vor dem Kriege erst zugezogen und sich noch keinen Hausstand gegründet hatten, ist bei 10 000 Mark Geldstrafe dem Unternehmer zur Pflicht gemacht. Zur Hebung des Arbeitsmangels in der Landwirtschaft wurde denjenigen Erwerbslosen, die in der Land- oder Forstwirtschaft tätig gewesen sind, und sich wieder auf das Land in Arbeit begeben wollen, freie Fahrt an den Beschäftigungsort und eine angemessene Beihilfe zu den Reisekosten, die kostenlose Ueberführung des Haushaltes nach dem neuen Arbeitsort und die kostenlose Ueberführung aller Familienangehörigen durch Gesetz gewährleistet. Können Familien solcher auf dem Lande in Arbeit getretenen Erwerbslosen nicht bald mit überfiedeln, so erhalten sie solange, als dies nicht erfolgen kann, Barunterstützungen von der Gemeinde des letzten Wohnortes. Die Einführung einer vorläufigen Landarbeiterordnung gibt dem auf dem Lande Beschäftigten die Gewähr, daß die Arbeitszeit und die Lohnfrage geregelt, die Lösung des Vertrages auch sofort aus einem wichtigen Grunde erfolgen kann, daß die in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter sich einen Arbeiterschuttschutz wählen können, eine Arbeiterordnung an sichtbarer Stelle auszuhängen ist und die Arbeiterwohnungen für Leichte und Verheiratete bequemer hergerichtet werden müssen. Durch dieses Gesetz ist denn seit einem Jahrhundert entrechteten Landarbeitern ein wesentliches Recht und der Schutz der Regierung zuteil geworden. Die große Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestellteauschüsse und Schlichtungsausschüsse gibt den Arbeitern ein uneingeschränktes Mitbestimmungsrecht in den Betrieben. Die Industriebetriebe sind demokratisiert, der Herrenstandpunkt des Unternehmertums gebrochen; die Arbeiterschaft hat nun die Pflicht, sich die Rechte, die ihnen dieses großartige Gesetz gegeben, gehörig auszuüben.

Weiter ist eine Verordnung zur Behebung der dringenden Wohnungsnot schon seit Anfang dieses Jahres erlassen.

Die Sozialisierung wichtiger wirtschaftlicher Unternehmungen ist durch Gesetz bereits in Angriff genommen.

Das Mitbestimmungsrecht der Bergarbeiter hat die Regierung durch besondere Verordnungen über Errichtung von Arbeitsstammern im Bergbau gesichert. Die Bergarbeiter sind nach diesem Gesetz verpflichtet worden, an

den Vorarbeiten durch Anträge, Auskünfte und Gutachten mitzuwirken, um eine umfangreiche Beeinflussung des Reichs und eine Beteiligung der Volksgemeinschaft an den Erträgen zu sichern. Es wird jedem Deutschen, unbeschadet seiner persönlichen Freiheit, zur sittlichen Pflicht gemacht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert. Die Arbeitskraft als höchstes wirtschaftliches Gut steht unter dem besonderen Schutz des Reichs. Jeder Deutsche soll die Möglichkeit haben, sich durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben und so weit ihm Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt geforgt. Wenn wir uns weiter vergegenwärtigen, daß in dem gegenwärtigen Augenblicke die viel gelästerte Regierung Ebert-Scheidemann durch das Reichsarbeitsamt im Begriff ist, ein Reichsarbeitsgesetz zu schaffen, wonach 1. ein allgemeines Arbeitsvertragsrecht, 2. das Angestelltenvertragsrecht, 3. öffentlich-rechtliche Vorschriften des Arbeiterschutzes, 4. Organisatorische Fragen, 5. Arbeitsvermittlung, 6. Tarifvertragsrecht, 7. das Koalitionsrecht, 8. die Lohnkämpfe, 9. das Einigungswesen, 10. das Recht der Landarbeiter, 11. das Recht der Hausangestellten u. a. m. geregelt werden soll, so kann man mit dem besten Willen von einer „Schlappen“ Haltung der jetzigen Regierung nicht reden.

Der „Ruck nach links“ bedeutet nichts weiter, als daß praktische Aufklärungsarbeit für das Volk zu leisten ist. Die Arbeiterschaft muß aufgeklärt werden über die gewaltigen Rechte, die die Revolution mit Hilfe der Revolutionen den Arbeitern auf dem Wege der Gesetzgebung bereits verliehen hat. Dann wird die so notwendige Ruhe eintreten und die Erfolge der Revolution werden von dauerndem Bestande sein. Nur so können wir der Reaktion von rechts und der Zerplitterungsarbeit von links wirkungsvoll entgegenarbeiten.

## Zum Hochverrat im Rheinland

bringt die „Neue Badische Landeszeitung“ ein interessantes Dokument aus Tageslicht, das zeigt, wie die früheren deutschen Anexionisten vorgearbeitet haben, um sich bei den Franzosen lieblich zu machen und dadurch dem Steuerdruck zu entgehen hofften, der durch ihre Kriegstreiberie den deutschen Volke das Leben verbittert wird. Es handelt sich um eine Unterredung der Generalsabgeordneten Richter und Hofmann, die diese am 8. März mit dem General Gerard hatten und bei der ein von dem General unterzeichnetes Protokoll aufgesetzt wurde, in dem es heißt:

„Ich habe mich mit Ihrer Angelegenheit beschäftigt; wie vereinbart war, habe ich ein: Manuskript Ihrer Vorschläge dem Marschall Foch selbst durch Oberst Vincent überreichen lassen. Letzterer hat sich vor zwei Tagen nach Paris begeben und Marschall Foch persönlich gesprochen. Der Marschall hat die Manuskript gelesen und sich alsbald zu Herrn Clemenceau begeben, um mit ihm Rücksprache zu nehmen. Oberst Vincent hat lebhaft hinzugefügt, daß die 45 Unterzeichner die Mehrheit der Wähler vertreten. Ich habe Marschall Foch geschrieben, daß die Unterzeichner die Bekanntgabe ihrer Maßnahmen noch nicht wagten aus Angst vor späterer Abregulierung durch die Deutschen. Ich habe da, wie mir die Herren Hofmann und Richter sagten, hinzugefügt: Daß jedermann unterzeichnen wird, wenn man sicher sei, keine Abregulierung zu befürchten zu haben. Ich bin noch nicht ermächtigt, alles zu sagen, was mir der Marschall geantwortet hat. Aber ich kann Ihnen mit seinen eigenen Worten sagen: „Sie können den Herren versichern, daß sie mit der deutschen Regierung rechts des Rheins nichts mehr zu tun haben werden. Das rechte Rheinufer wird von dem linken getrennt. Demgemäß sind keine Abregulierungen zu befürchten und die Alliierten werden beim Friedensschluß die rechtsrheinische Regierung hindern, die Bevölkerung des linken Rheinufers zu schädigen. Die Tätigkeit der deutschen Regierung wird am Rhein aufhören, die Volksteile des linken Rheinufers können sich darüber äußern, wie sie wollen: ein unabhängiger Staat oder mehrere unabhängige Staaten oder sonst ein Modus vivendi. Ich hoffe, daß ich dann, wenn diese Herren mit uns gehen, um das soziale und wirtschaftliche Leben des linken Rheinufers zu heben, erreichen werde, daß die durch Deutschland zu zahlende Kriegsschuldigung für die Palz viel weniger drückend sein wird. Ich werde Sie dann bitten, meine Herren, Abhandlungen über das sozialwirtschaftliche Leben der Bewohner mir zukommen zu lassen, und an der Hand dieser Berichte werde ich beantragen, daß Ihre Wähler zum Teil von der Kriegsschuldigung entbunden werden. Herr Hofmann bemerkte, 7000 Arbeiter seien in Ludwigs-hafen arbeitslos, so daß man den Bolschewismus befürchte. General Gerard entgegnete, es müßte zum Ausdruck gebracht werden, daß die Revolutionäre nicht mehr die Herren sind, und deshalb müßte die rote Fahne in Mannheim fallen. Sie ist heute morgen 11 Uhr 35 Minuten eingezogen worden. Ich habe dieses Resultat erzielt.“

Erzberger hat gegen die französische Einmischung beim Marschall Foch Protest erhoben. Die Handlungen französischer Okkupationsbehörden ständen in schroffem Gegensatz zu den Waffenstillstandsbedingungen und zu den wiederholten Erklärungen des Marschalls Foch gegenüber den Unterzeichneten bei der Erneuerung des Waffenstillstandes.

Der rheinischen Presse ist verboten, Äußerungen gegen die Republik zu bringen. Mangin betonte, daß er auf der Rheinischen Republik bestehe und stellte der Bevölkerung wesentliche Versicherungen in Aussicht, namentlich hinsichtlich der Markwale.

In Höchst a. M. wurden Plakate von französischen Soldaten mit der Proklamierung der Rheinischen Republik angeheftet, die wurden die Plakate von den Arbeitern sämtlich wieder entfernt. Um 9 Uhr wurde in Höchst der Generalkrieg verkindet. Die Arbeiter der Bergwerke und anderer industrieller Unternehmung feierten. Das französische Militär suchte mit dem Bajonett die Ordnung aufrecht zu erhalten. Um 1 Uhr wurden die Geschäfte von den französischen Behörden gezwungen, wieder zu öffnen.

Die aufgeregte Stimmung in Biebrich führte zu einflussreichen Zusammenstößen. Ein französischer Offizier mißhandelte einen Straßenbahnführer, der auf sein Geheiß nicht halten wollte, mit der Keilpeitsche. Der Führer verfehlte dem Offizier mit der Fahrkarte einen heftigen Schlag auf den Schädel, der den Offizier tot zusammenbrach. Dem Manne ist es gelungen, das unbesetzte Gebiet zu erreichen.

In Wiesbaden wurde von den französischen Behörden sofortige Arbeitsaufnahme befohlen, widrigenfalls die Lebensmittelversorgung eingestellt würde. Auch mit den Arbeiterführern verhandelte der französische Kommandant wegen Einstellung des Streiks. Sie stellten folgende Bedingungen: Sofortige Behebung des Präsidenten Dornen wegen Hochverrats, Erklärung der Besatzungsbehörde, daß sie außerhalb der Bewegung stehe, Genehmigung zur Abhaltung öffentlicher Versammlungen, Schluß, um den Willen der Bevölkerung einwandfrei zum Ausdruck kommen zu lassen. Diese Forderungen wurden abgelehnt. Heute soll mit den Parteiführern verhandelt werden.

Die heftige Regierung hat gegen das französische Vorgehen Einspruch erhoben. Auch die Abgeordneten richteten einen Aufruf an das Volk.

## Zum Friedensvertrag.

Die deutsche Delegation rechnet mit Ablehnung.

Der Berliner Vertreter des „B. T.“ hat den Eindruck gewonnen, daß in den Kreisen der deutschen Delegation mit erheblichen Widerständen und einem Ultimatum gerechnet wird, das die Unterschrift des Vertrages für die Delegation unmöglich machen würde. Die Delegation wird dann voraussichtlich abreisen, um mit der Regierung zu beraten und ihr die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung zu überlassen. Wahrscheinlich wird in diesem Falle die Abreise am Sonnabend Pfingsten oder an einem der Pfingsttage erfolgen.

Amerikanische Korrespondenten dagegen sagen, Lloyd George wie Wilson seien zu Zugeständnissen bereit. Der britische Standpunkt geht dahin, daß die deutschen Gegenvorschläge für eine wissenhafte Untersuchung in Betracht kommen und daß, wenn in irgend einer Hinsicht als gute Widerlegung der Bestimmungen im Friedensvertrag der Alliierten angesehen werden können, Vertrag in diesem Sinne abgeändert werden müsse.

### Deutsch-Südtirol italienisch.

Das Reutersche Bureau meldet ergänzend zum Friedensvertrag mit Oesterreich, daß die südliche Grenze Oesterreichs gegen Italien an der Wasserseide zwischen Inn und Dran im Norad und den Lombardischen Flüssen im Süden entlang läuft, die über den Brennerpaß geht und das Sertental zu Italien schließt. Die Grenze Oesterreichs gegenüber dem serbisch-kroatisch-slavonischen Staat wird von den hauptsächlich alliierten und assoziierten Mächten später festgelegt werden.

Es wird weiter berichtet, daß Italien vorge schlagen hat, Tirol zu verzichten unter der Bedingung, daß die Entente in Plan des Anschlusses Deutsch-Oesterreichs an Deutschland eintrifft. Der Vorschlag wurde von Wilson warm unterstützt, aber heftigen Widerstand von Seiten Frankreichs. Die Debatte hierüber war äußerst erregt und verlief ergebnislos.

### Der Vertrag mit Bulgarien.

Die Arbeiten des Weltverteilungsmandats schreiten weiter fort. Nachdem nun Oesterreich an allen Ecken und Kanten zerlegt ist, wird an Bulgarien die Eisenbahnen vorgenommen. In dem „Daily Herald“ lauten die Bestimmungen etwa so: Die Bulgaren treten das gesamte Küstengebiet am Ägäischen Meer, welches Bulgarien nach dem Balkankrieg annektierte, Griechenland ab. Griechenland erhält auch Adrianopel einen Teil der Gebiete in Thrakien, die nach dem zweiten Balkankrieg im Besitze der Türkei verblieben. Die Grenzschären Griechenland und dem Gebiet von Konstantinopel wird die bekannte Enos-Medea-Linie gebildet werden. Es bedeutet, daß die gesamte Küste des Marmarameeres und die Halbinsel Gallipoli weiterhin Konstantinopel gehören werden, unabhängig von dem Status, diese Stadt selbst erhalten wird. Die griechisch-bulgarische Grenze wird von Agathopoli am Schwarzen Meere in westlicher Richtung verlaufen, bis sie in die frühere Grenzlinie übergeht. Bulgaren erhalten einen Freihafen am Ägäischen Meer, zwar entweder Salonik, Kawalla oder Dedagath nach freier Wahl. Sie werden durch diesen Hafen den freien Zugang zur See erhalten unter Bedingungen, die in großen Zügen selbst sein werden, wie diejenigen, die Serbien im Bazar



trag von 1913 erhielt. Die neuen Gebiete, die auf diese Weise Griechenland fallen, sind überwiegend türkisch. Die Serben langen nur einige kleine Grenzberichtigungen und werden diese erhalten. Die Rumänen werden gegen Anerkennung großer Anzessionen an anderer Stelle den Bulgaren die südliche Seite der Dobrußa, die sie im Jahre 1913 annectierten, deren Bevölkerung jedoch überwiegend bulgarisch ist, zurückzuführen.

### Der Ententezialismus in guter Hoffnung.

Im Mailänder Rathaus fand eine Versammlung italienischer, englischer und französischer Sozialisten zur Friedensfrage statt. Macdonald erklärte, englische Arbeiter werden bei den nächsten Wahlen gegen die Regierung stimmen, deren Sturz dann er sei. Denselben Standpunkt vertrat Longuet, der Clemens Triumphe einen Prachtsieg nannte, da das französische Parlament von ihm abgefallen sei.

### Das Räteystem in der Verfassung.

Der Verfassungsausschuß der Deutschen Nationalversammlung beschäftigte sich, wie bereits kurz gemeldet, am Montag mit den Bestimmungen über die Einfügung des Räteystems in die Verfassung. Nach einem von der Regierung aufgestellten Entwurf, den der Unterausschuß als eigenen Antrag eingebracht, soll ein Artikel 34a in folgender Fassung angenommen werden:

„Die Arbeiter sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die bestehenden Organisationen und ihre tariflichen Vereinbarungen werden anerkannt. Die Arbeiter erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen nach Betrieben und Wirtschaftszweigen gliederte gewählte Vertretungen in Betriebs- und Bezirksarbeiterräten und einem Reichsarbeiterrat. Die Betriebsarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat treten zur Lösung gesamtwirtschaftlicher Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialgesetzgebung mit den Vertretungen der Unternehmer zu Betriebswirtschaftsräten und einem Reichswirtschaftsrat zusammen. Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat das Recht, selbst solche Gesetze beim Reichstag zu beantragen, die ebenso wie Vorlagen der Reichsregierung zu behandeln sind. Den Arbeiter- und Wirtschaftsräten können auf den ihnen überwiesenen Gebieten Kontroll- und Verwaltungsbevollmächtigungen übertragen werden. Aufgaben der Arbeiter- und Wirtschaftsräte sowie ihr Verhältnis zu anderen sozialen Selbstverwaltungskörpern werden ausschließlich durch Reichsgesetz geregelt.“

Der Referent, Abg. Singheim (Soz.), betonte den ausschließlich wirtschaftlichen Charakter dieser Bestimmungen. Die Interessen könnten nicht ausgeschlossen werden, die Sozialgesetzgebung nicht allein durch die Arbeiter durchgeführt werden. Die Sozialisten des Sozialismus nicht begründen, das könne nur der Staat. Redner beantragte namens seiner Partei, daß sich die Vertreter des Reichswirtschaftsrats im Fall der Initiative an den Versammlungen des Reichstages ebenso beteiligen können wie die Vertreter des Reichsrats. Im Interesse des Zusammenkommens präziserte sich die sozialdemokratische Partei sonst auf redaktionelle Überlegungen, sie wolle diese Bestimmungen aber auch auf alle Anwesenden erstrecken. Abg. Haase beantragte namens der Unabhängigen eine Fassung, wonach den Räten ein weitgehendes Kontrollrecht gewährleistet wird. Abg. Hise (Ztr.) im Prinzip mit der Vorlage einverstanden und stellte lediglich redaktionelle Anträge. Geheimrat Dr. Feig vom Reichsministerium wandte sich gegen den Vorschlag, auch noch stiftungsbeteiligte Kreise, nämlich Verbraucher und freie Berufe zuzuzählen. Damit verläßt man den Grundgedanken der paritätischen Vertretung und nähert sich dem Gedanken des berufständischen Elements.

Abg. Frau v. Gierke (Deutschnat.) führt aus, daß der Reichswirtschaftsrat mit alten Gedanken der Partei übereinstimme. Nicht könnte eine Vertretung der Verbraucher durch Hinzunahme von Hausfrauen erreicht werden; die deutschnationale Parolle kein berufständisches Parlament. Abg. Dr. Cohn (Soz.) beantwortet den Antrag seiner Partei. Die Politik ist sich von der Wirtschaft nicht trennen. Abg. Koch-Kassel (m.) erklärt, daß seine Partei dieser Frage nicht mit übereinstimmenden Hoffnungen gegenüberstehe. Sie könnte die ganze Sache nur in dem Sinne mitmachen, daß wirtschaftliche Kräfte hier als bisher zur Mitarbeit herangezogen würden. Die formalen Arbeiterräte seien in jeder Form abzulehnen. Er warne einer Hyperthropie dieser Gesetzgebung. Den Antrag des Ausschusses könnte die demokratische Partei mitmachen, aber nicht der Antrag Haase. Abg. Dr. v. Delbrück (Deutschnat.) besteht von der Annahme des Ausschusses-Antrages die Entziehung des komplizierten Dreikammerregimes. Abg. Dr. Braune (Z.) befürwortet einen Antrag, wonach die Wirtschaftsräte zur Vertretung der wichtigsten Berufsgruppen entsprechend ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung ausgebaut werden. Abg. Kagenstein (Soz.) wendet sich namens der Partei an den Antrag Haase. Die Sowjetorganisation lehne nicht ab. In der Abstimmung wurde zu Anfang des Tages gesagt: „Die Arbeiter und Angestellten“. Am Schluß des Tages wurde das Wort „tariflichen“ gestrichen. Im letzten Absatz wurde hinter „Unternehmer“ eingefügt: „und sonstiger Volkstreu“. Angenommen wurde auch der Antrag Haase. Im übrigen wurde der gesamte Räteartikel mit einigen inhaltlichen Änderungen angenommen unter Ablehnung des Tages der Unabhängigen, für den nur der Abg. Dr. Cohn sprach.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Ein Antrag Hoeks an die Freiwilligen

nicht Deutschlands Lage, die Sozialkommission der letzten Zeit, die die Betätigung der Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung und sagt weiter: Kameraden! Der kommende Friedensschluß, ganz gleich, von wem verhandelt er vollzogen wird, bringt eine harte Einkürzung der deutschen Wehrmacht. In Heftblättern wird den Freiwilligen gesagt, daß sie dem Schicksal der Arbeitlosen teilen werden. Es würden die Leute, die uns zum Zuge bringen werden wollen, e Waise haben. Die Freiwilligen können wegen ihrer Zukunft beruhigt sein, wie es in dem paritätischen Deutschland möglich ist. Ihre Leistungen werden voll anerkannt. Das findet seinen Ausdruck darin, daß dieser Tage eine ganze Anzahl von Männern dem Reichswirtschaftsrat als Offiziere beizutreten werden. Der meiste merkwürdige Absatz des Tages wird nur langsam nachgelesen. Dabei werden die wahlberechtigten Kreise der Reichswirtschaftsräte voll berücksichtigt werden und dem Sozialrat, der der

Freiwilligen angeboten wird, werden wir zu begegnen wissen. In den Betrieben des Reiches sollte, falls die Wehrung der Freiwilligen weiter versucht werden sollte, ein Platz freigehalten, wenn sie ins bürgerliche Leben zurückkehren. Ebenso werden bei der eingeleiteten großzügigen inneren Kolonisation die Freiwilligen in erster Reihe neben den Kriegsbefähigten bei der Anstellung Berücksichtigung finden.

Kameraden! Bewahrt wie bisher dem Vaterland und Eurem Volk die Treue, die mit der Anerkennung der Treue vergolten wird.

### Abwägung des Acht-Stunden-Tages.

Ein Berliner Mittagsblatt bespricht ausführlich das Projekt des Reichsfinanzministers Dernburg, das darauf hinauslaufen soll, in allen Betrieben von einem bestimmten Tage an eine Stunde länger arbeiten zu lassen, den Arbeitern jedoch nur den normalen Lohn dafür zu zahlen, sonst für Überstunden aber den berechneten Zuschlag mit einer Mark pro Stunde und Kopf an die Reichskasse abzuführen. Dieser Gedankengang, der die Forderung der Mehrarbeit des deutschen Volkes zur Verbesserung der Lebensbedingungen nach dem Kriege bei einer bedeutenden Stärkung der Reichsfinanzen verknüpfen will, ist, so bemerkt die „D. N. Z.“, an sich natürlich interessant. Nach unserer Kenntnis der Dinge findet darüber auch innerhalb der Regierung ein Gedankenaustausch statt. Es ist aber anzunehmen, daß, wenn der Plan in Form eines konkreten Vorschlages später der Öffentlichkeit unterbreitet werden sollte, er in den Einzelheiten doch erheblich anders aussehen würde, als nach den Ausführungen des Mittagsblattes. Insbesondere käme keine einseitige Belastung der arbeitenden Bevölkerungsklassen in Frage, sondern es würde versucht werden, Mittel und Wege zu finden, um alle Berufe und Bevölkerungsschichten gleichmäßig heranzuziehen.

Zweifellos ist dieser Plan „interessant“, es fragt sich nur, ob der Hauptbeteiligte, die Arbeiterschaft, ihn für so interessant findet. Wir müssen erst unsere Mittelungen abwarten, ehe dazu Stellung genommen werden kann.

### Ein „Befehl“ der Entente.

Wie die Deutsche Waffenstillstandskommission in Berlin mitteilt, haben die Alliierten in Spa eine neue Note betreffend die deutschen Truppen in Lettland und Litauen überreicht, in der folgende Forderungen enthalten sind: 1. Die deutschen Streitkräfte sind in den baltischen Provinzen zu belassen. Es wird eine Linie festgelegt, bis zu der sie sich zurückziehen können. 2. General Graf von der Goltz kann in seinem Kommando unter folgenden Bedingungen belassen werden: a) Der General erhält deutscherseits Befehle, die zur Errichtung einer Koalitionsregierung geeignet sind. In ihr sollen sämtliche lettischen Parteien entsprechend ihrer Bedeutung vertreten sein. b) Rückgabe der Waffen an die lettischen Truppen. c) Ungehinderte Durchführung der Mobilisierung der lettischen Seestreitkräfte. d) Zusage völliger Freiheit für die neue lettische Regierung in ihren Amtshandlungen. Zur Annahme dieser Bedingungen ist bis 1. Juni eine Frist von 15 Tagen gestellt, nach welcher die Frage des weiteren Verbleibens des Generals von der Goltz geprüft wird.

### Ein reaktionärer Bauernrätekongreß

tagte in Goslar. Er war einberufen von einem Komitee von Vertretern der landwirtschaftlichen Grundbesitzer und sollte den Bauern- und Landarbeiterräten eine Spitze in einem sogenannten Reichsbauern- und Landarbeiterrat geben. Es war anzunehmen, daß man versuchen werde, die Bauernräte zugewiesenen Aufgaben: Erfassung der Lebensmittel auf dem Lande, Bekämpfung des Schleichhandels um einmal ernstlich zu beraten und sich auf eine rege Tätigkeit auf diesem Gebiete zu bestimmen. Davon war aber nicht die Rede. Der Bund der Landwirte mit seinen verwandten Vereinigungen spielte den Trümpf aus, die Themen wurden im reaktionären Sinne unter Führung des Grafen Kayserling behandelt. Man versuchte die Sprengung der Zwangswirtschaft. Die Vertreter des Zentralrats und des deutschen Landarbeiterrates wurden mit Widerspruch angehört, als sie Gemeinwirtschaft in Produktionskammern forderten. Schmidt vom deutschen Landarbeiterrate protestierte dagegen, daß hier von einer Tagung von Landarbeiterräten geredet werde. Die Bauernräte verwies er auf ihre eigentlichen Aufgaben, die Lebensmittelerfassung, in deren Erfüllung sie bisher soviel wie nichts geleistet hätten. Ein Wutgeschrei eines Teiles der Versammlung war die Antwort auf die Ausführungen. Bei der Besprechung der Landarbeiterfrage führte es zu scharfen Zusammenstößen, als den Landwirten geraten wurde, zur Vermeidung des Landarbeiterrates vor allen ihre eigenen Berufsgenossen zur Innehaltung der mit ihren Arbeitern abgeschlossenen Verträge zu erzielen. Gegen Schluß der Tagung traten die eigentlichen Wünsche ihrer Hintermänner zutage. Man verlangte allerlei Preisserhöhungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse, u. a. die Heraushebung des Roggenpreises von 15 auf 35 Mark per Zentner. Dede Schimpfereien auf Regierung und Zentralrat bildeten den Schluß der Tagung. Den Vertreter des Reichs Ernährungsministeriums bezeichnete man als Spitzel. Die geplante Wahl eines Reichsbauern- und Landarbeiterrates wurde verschoben. Sie soll in Berlin von dem Vorsitzenden der Provinzial-Bauernräte hinter verschlossenen Türen vorgenommen werden.

Die Tagung zeigt, daß es gilt, die Augen offen zu halten, um die dunklen Umtriebe auf dem Lande rechtzeitig zu verhindern.

### Unabhängige Politik auf zwei Seiten.

Ueber den politischen Geschäftsmann Maximilian Harden schreibt die Dresdener unabhängige Volkszeitung: „Von Politik versteht Herr Harden absolut nichts.“ Auf der anderen Seite der selben Nummer, jenem Urteil über Harden fast genau gegenüber, finden die Leser diesen Sachbandwurm:

Die in höchstem Einvernehmen mit dieser Bourgeoisie regierende Sozialdemokratie, die seit sie auf der Zinne der Macht sitzt, alle ein Menschenalter lang geheißene Grundzüge verleugnet, und der deshalb die Arbeiter in Scharen zu den „Unabhängigen“ entließen, hat denselben Wunsch: Nationalismus soll sie (die auf ihre Internationale so stolz truntpfen) vor Kommunismus bewahren, soll die Lämme werden, die den Anhang der alten, ehrlichen Marxisten, der Unabhängigen, verschütet, und soll eine Volkserregung schaffen, die erlaubt, noch länger, noch recht lange mit den brutalen Mitteln des Belagerungsstaates und der Maschinenengewehre sich in einträglichem, der Einheit schmeichelnder Nachstellung zu halten.

Dieser Satz ist zwar noch dümmer als er lang ist. Aber das schadet nichts. Der ihn schrieb, schimpft über die Sozialdemokratie und das gefällt den Unabhängigen. Und wer hat den Satz geschrieben? Die Unabhängige sagt es selbst: In der neuesten Nummer der „Zukunft“ schreibt Maximilian Harden...

Wieder wir noch einmal auf die andere Seite: Von Politik versteht Herr Harden absolut nichts. Und was verstehen dann die von Politik, die seinen Unkenntnis nachsehen? Das auch nichts. Nicht wahr?

### Die Uniform der Reichswehr.

Bei der Bildung der Reichswehr wird die Einheitlichkeit der Uniform und Abzeichen wieder hergestellt werden. Zunächst sollen die diensttuenden Soldaten durch ein Abzeichen (Eichenlaub) an der Mütze von den Entlassenen unterschieden werden, die, ohne noch Soldat zu sein, die Uniform als Entlassungsanzug weitertragen. Die Grababzeichen werden wie bisher am Arme getragen, doch sollen die Leuchtbänder durch matte Metallstreifen ersetzt werden. Unteroffiziere tragen sie am Oberarm, Offiziere am Unterarm. Neu eingeführt wird eine Schulterklappe, wie sie früher Husaren u. a. hatten. Für Mannschaften ist sie graue für Führer (Unteroffiziere und Offiziere) silberne. Abheftstücke, kommen in Zukunft gänzlich in Wegfall. Ebenso bleibt von den Abheftklappen nur noch das Rudiment der Schulterklappe.

### Rußland.

Petersburg eingenommen? Wie „Ebens Legu“ aus Barbör meldet, liegen in Murman und Petschenege Nachrichten vor, daß Petersburg von einer aus Finnern und Esten bestehenden Armee eingenommen worden ist.

Menterei französischer Mariner in Libau? Am Sonnabend wurde in Libau von Mannschaften auf dem französischen Geschwader die rote Flagge gehißt. Die Mannschaften forderten von den Offizieren nach Frankreich zurückkehren zu dürfen. Die Forderung wurde bewilligt. Die Mannschaften verlangten außerdem einen gerechten Frieden mit Deutschland. Der Vorfall wird bestritten und es wird gesagt, daß es sich um die Flaggen gehandelt habe, die zum Waschen aufgehängt waren, darunter hätten sich rote Fahnen befunden. Nunmehr liegt ein englisches Geschwader im Libauer Vorhafen.

### Frankreich.

Große Ausstände brechen im ganzen Lande aus. Nach sozialistischen Blättermeldungen handelt es sich um 4-500 000 Streikende. Der Arbeitsminister beschied das Streikkomitee der Metall-Arbeiterverbände auf zu einer Besprechung der Lage in das Arbeitsministerium. Die Angestellten der Untergrundbahn, die Gewerkschaften der Maler und Zuckerarbeiter sind in die Bewegung eingetreten. Wie der „Matin“ berichtet, nimmt die Bewegung auch in der Provinz zu. In Nordfrankreich liegen sämtliche Bergwerke still. In Bordeaux feiern 20 000 Arbeiter, darunter sämtliche Metallarbeiter. Im ganzen Gebiet von Grenoble, Jierre und Savoyen erklärten sämtliche Metallarbeiter, sowie Gewerkschaften, Brauereiarbeiter, Schuhmacher, Schokoladenarbeiter und Transportarbeiter den Streik. In Clermont und Vienne schlossen sich mehrere Gewerkschaften der Bewegung an.

Rundgebungen zuankunft Russlands. Der Vorstand der sozialistischen Partei Frankreichs erließ eine Rundgebung, worin er auf das energischste gegen eine Intervention in Rußland und Ungarn Einpruch erhebt. Die Arbeiterrevolutionen in Europa dürften nicht niedergedrungen werden. Dies wäre ein großer Rückschritt für den Sozialismus in Frankreich und der ganzen Welt. Freiheit und Arbeitermacht wären gefährdet, die Republik würde entehrt. Die Arbeiter und Bauern Frankreichs dürften dies Verbrechen nicht zulassen. Die Arbeiter und Bauern begrüßten die Haltung der Matrosen der französischen Flotte im Schwarzen Meere, die nicht die Rolle der Polizisten in Odessa spielen wollten und zum Zeichen des Protestes die rote Flagge gehißt hatten. Dies genügt nicht. Die sozialistische Partei ruft Euch heute zur Tat. Haltet Euch bereit, den Anruf Eurer Klassenorganisationen zu beantworten. Das Volk Frankreichs, welches immer zum revolutionären Kampf an der Spitze aller Völker führte, kann die Arbeiterrevolution noch retten und zum eigenen Heil gleichzeitig wahren!

### Spanien.

Die Wahlen in Spanien sind mit einem großen Sieg der Republikaner zu Ende geführt worden. Der Monarchistenbund hat eine Niederlage erlitten, obwohl seine Stimmzahl gewachsen ist. Die Katalanen haben an Stimmen verloren. Die Republikaner in den größeren Städten haben ihre Position gegenüber den Monarchisten behaupten können.

### England.

Die Arbeitslosigkeit. Im englischen Unterhause wurde mitgeteilt, daß die Zahl der Arbeitslosen in England über eine Million beträgt, die Zahl der arbeitslosen Kriegsteilnehmer beträgt 408 000.

Arbeitslosen-Rundgebung in London. Bei einer Demonstration arbeitsloser entlassener Soldaten kam es zu einem blutigen Zusammenstoß mit der Polizei. Vor der Westminster-Abtei wurde eine nach Tausenden zählende Menschenflut von Demonstranten von der Polizei mit Knüppeln angehalten und auseinandergetrieben. Die Menge riß das Straßengitter auf und bombardierte die Polizei mit Holzblöcken. Die Unruhen dauerten etwa eine Stunde. Schließlich wurde zwei Delegierten der Soldaten erlaubt, nach dem Unterhause zu gehen, um dort den Abgeordneten ihre Beschwerde zu unterbreiten. An erster Stelle steht die Forderung der Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung von 29 auf 40 Shilling die Woche. Ferner soll die Regierung veranlaßt werden, Arbeitslosigkeit durch Vornahme von Inselnlandsarbeiten zu schaffen. Wenn dies nicht geschieht, sollen energische Maßnahmen mit Hilfe der Arbeiterorganisationen unternommen werden.

### Amerika.

Vor der Revolution in Kanada. Der „Daily Herald“ meldet: Ein englisches Geschwader, bestehend aus einigen Kreuzern und Torpedobooten, mit einer etwa 4000 Mann starken Besatzung, ist nach der kanadischen Küste ausgelaufen. Ueber das kanadische Territorium wurde der Belagerungszustand verhängt. Die bei der englischen Regierung eingelaufenen Nachrichten aus Kanada lauten ernst und lassen den Ausbruch einer Revolution mit bolschewistischem Charakter erkennen.

### Kleine politische Nachrichten.

Ueber das unbefestigte Gebiet des Stadt- und Landkreises Düsseldorf und über Duisburg wurde der Belagerungszustand verhängt. Als Grund werden geheime Vorbereitungen für neue Putsch angegeben.

## Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Mittwoch, 4. Juni.

Achtung! Jugendversammlung! Wir werden gebeten, darauf hinzuweisen, daß laut Anzeige eine Jugendversammlung am 5. Juni (morgen) abends 18 Uhr im Gemeindefesthaus stattfinden wird. Es ist jedoch insofern eine Veränderung eingetreten, daß nicht Gerolde Albrecht (der neugewählte Jugendsekretär Deutschlands), sondern Genosse Westphal in Hamburg das Referat übernehmen hat. Wir möchten alle Eltern bitten, mit ihren 14-18-jährigen Kindern die Versammlung zu besuchen. Es wird dort das Ziel unserer Bewegung festgelegt werden.



**Die Mitteldeutscher Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins**, die gestern abend im Gewerkschaftshaus stattfand und stark besucht war, beschäftigte sich hauptsächlich mit der wichtigen Frage: Gründung einer Einwohnerwehr in Lübeck. Hierzu führte der Referent, Genosse Lampl - Hamburg, etwa folgendes aus: In militärischen Dingen herrsche gegenwärtig in der Arbeiterklasse viel Unklarheit. Infolge der entsetzlichen Unruhen hätte das jetzige Militär geschaffen werden müssen, weil man ohne Schutz nicht auskommen konnte. Nach den Friedensbedingungen dürfte Deutschland nur 100 000 Soldaten halten. Das bestehende Militär müsse auch schon aus finanziellen Gründen abgebaut werden. Da trete nun die Frage auf, wenn Unruhen entstünden, was dann werden solle. Die Kommunisten und die Unabhängigen hätten die Massen nicht immer in der Hand, um so weniger, da sich ihnen manche unlautere Elemente an die Rockschöße hängen. Darum sei eine Einwohnerwehr nötig. Das Reich habe bereits die Organisation der Wehr angeordnet. In Hamburg hätten sich schon 18 000 Mann zu dieser Wehr gemeldet. Dort sei ohne Reichshilfe der Schutz der eingeführten Lebensmittel übernommen, die Ruhe und Ordnung sei stets aufrecht erhalten worden. Die dortige Einwohnerwehr bestünde zu mehr als 50 Prozent aus Parteimitgliedern. Die Partei hätte auch die Organisation der Wehr in der Hand. Den Arbeitern sei es daher möglich, die Wehr ihren Wünschen entsprechend auszugestalten. Die Mehrheit der Führer seien in Hamburg keine Offiziere, sondern Arbeiter, Parteigenossen, denen Bezirksvertrauensmänner zur Seite ständen. Die Einwohnerwehr müsse unpolitisch, aber doch entsprechend der Stärke der einzelnen Parteien zusammengesetzt sein. Der Dienst sei ehrenamtlich; nur der Lohnverlust würde entschädigt. Die Regierungstruppen hätten sich nicht immer bewährt. Eine Schutztruppe aber nicht auskommen, und da sei für Lübeck auch eine kleine gute Truppe besser, als eine große schlechte. In der Debatte gab Ehlers als Vorstandsmitglied bekannt, daß vor einigen Tagen im Rathaus eine Besprechung über die Schaffung einer Wehr mit Senator Dr. Lienenau stattgefunden habe. Eine verbindende Antwort sei seitens der Parteirepräsentanten nicht erteilt worden. Ahrens bemerkt, daß der Referent die wichtige Frage, den Kostenpunkt, fast nicht erwähnt hätte. Die Freiwilligenverbände müßten verschwinden, die R. S. W. aber bestehen bleiben. Gierls tritt ebenfalls für deren Beibehaltung ein. Die Arbeiter könnten wegen des Lohnausfalls der zu gründenden Wehr nicht beitreten, und so würden die Waffen dem Bürgertum ausgeliefert. Suckfeld von der R. S. W. erklärt, daß sich diese Wehr nicht bewährt habe. Abgebaut müsse sie aber werden, weil sie dazu gezwungen würde. Steinhof berichtet, daß in Krumbach in aller Stille eine Wehr, bestehend aus 4 Bauern und 2 Arbeitern errichtet sei, womit die dortigen Einwohner absolut nicht einverstanden seien, zumal man sie garnicht gefragt habe. Lampl erwidert, daß der Dienst zwar ehrenamtlich sei, der Lohnausfall aber vom Bundesstaat getragen würde. Durch Ablehnung erreichten wir nichts. In vielen Städten sei die Einwohnerwehr bereits gebildet. Wir wollten keine Studenten- oder Bürgerwehr, sondern eine Einwohnerwehr. Bromme hält die Frage der Errichtung der Wehr für sehr wichtig. Für die Sicherheit müsse etwas getan werden. Wir müßten zur Selbsthilfe greifen und uns eine Wehr nach unseren Wünschen schaffen. Dann brauchen wir die Gegenrevolution nicht zu fürchten. Mehrlein macht wichtige Ausführungen, die lebhaftesten Beifall finden. Er sagte, die Frage, ob wir eine Einwohnerwehr im Sinne der Sozialdemokratie errichten können, sei zu bejahen. Nicht wir, sondern die Entente entschieße über unsere zukünftige Wehrmacht. Sie schreibt vor, daß die Soldaten 12 Jahre und die Offiziere 25 Jahre dienen müßten; auch würde die Waffen- und Munitionserzeugung genau kontrolliert werden. Mehr wie 100 000 Soldaten dürften nicht gehalten, andere militärische Truppen nicht errichtet werden; sogar die Kriegervereine müßten verschwinden. Bis Ende August müsse die jetzige R. S. W. abgebaut sein. Die Leitung dieser Wehr könne auch die Organisation der Einwohnerwehr übernehmen. Die Beitretenden müßten ein Alter von 24 Jahren erreicht haben und somit sind die ganz jungen Leute ferngehalten. Es gelte jetzt, eine Wehr zu errichten und darin die Macht den Arbeitern zu geben. Suckfeld sagt, es sei für ihn die Hauptsache, daß die Waffen nicht dem Bürgertum ausgeliefert würden. Dregler ist der Meinung, daß die Wehr in Lübeck vielleicht nicht geschaffen werden brauche. Die Lübecker Arbeiter hätten immer Ruhe und Disziplin gewahrt. Obgleich er sich für alles Militärische nicht begeistern könne, so müsse er doch sagen, wenn die Gründung erfolgen müsse, daß sich dann aber die Arbeiter unbedingt zu melden hätten. An der Debatte beteiligten sich ferner Ahrens, Culert, Lampl, Gierls und Köhler, die teils für, teils gegen die Gründung waren. In seinem Schlusswort betont Lampl, daß für eventuelle Dienstbeschädigung der Staat aufkäme. Er glaube auch, daß allein die Errichtung der Wehr Unruhen verhindern werden. Der Kampf solle nicht auf der Straße, sondern mit geistigen Waffen im Parlament und in den Organisationen ausgefochten werden. Der Vorsitzende Löwig faßt das Ergebnis der Aussprache dahin zusammen, daß gegen die Gründung der Wehr prinzipiell für die Gründung eingetreten sei, so nur darum, weil dieselbe vielleicht doch erfolgen würde und weiter betont sei, daß die Gründung nur durch Beschluß und unter Mitwirkung der gesetzlichen Körperschaften erfolgen solle. Darauf wurde prinzipiell die Gründung beschlossen und nachstehender Antrag angenommen: Einwohnerwehr nach dem Gebiet der Hansestadt Lübeck die Gründung einer Einwohnerwehr nötig erachtet wird, so hat dieselbe nur durch Beschluß der gesetzlichen Körperschaften zu geschehen. In den Landgemeinden sind alle Mitglieder der Gemeinde bei der Gründung der Wehr zu der Beratung zu laden.

**Sehendige Gehaltsbewegung der Handelsangestellten.** In einer etwa 1500 Personen besuchte Versammlung der Handelsange-

stellten im Kolosseum wurde Dienstag abend den vorgelegten Tarifabmachungen zugestimmt, die festlegen, daß Angestellte nach vierjähriger Berufstätigkeit ein Monatsgehalt von 200 Mk. erhalten, nach fünf Jahren 220 Mk., nach sechs Jahren 240 Mk., nach sieben Jahren 260 Mk., nach acht Jahren 280 Mk., nach neun Jahren 300 Mk., nach zehn Jahren 320 Mk., nach elf Jahren 350 Mk. und nach zwölf Jahren 375 Mk. Diese Gehälter beziehen sich auf den Groß- und Kleinhandel. Für den Großhandel haben sie rückwirkende Kraft vom 1. Mai an, für den Kleinhandel vom 1. Juni. Bei weiblichen Angestellten soll das Gehalt durchweg um 10 Prozent geringer sein. Das Mindestgehalt eines 24jährigen Angestellten soll 320 Mk. monatlich betragen. Verheiratete erhalten einen Zuschlag von 50 Mk. monatlich.

**Die Aktionäre der Lübeck-Lübener Bahn** hielten gestern ihre Generalversammlung ab, in der die zu zahlende Dividende auf 6 Prozent festgesetzt wurde. Man beschäftigte sich auch mit dem Projekt, das zweifelslos für die Entwicklung unseres Freistaates von großer Bedeutung sein wird. Direktor v. Mosenleben bemerkte u. a.: Die Durchführung dieses Projektes hänge nach wie vor allein von dem Willen der preussischen Eisenbahnerverwaltung ab. Einen gewissen Anhalt könnte schließlich die erteilte Genehmigung der Bahnlinie Schwartau-Neustadt geben. Diese Linie, die ein Teilstück der Vogelflug-Linie ist, solle nun gebaut werden. Aber merkwürdigerweise habe man hier stärkere Krümmungen der Linie von 500 Metern und Steigungen von 1:80 Metern. Derartige Krümmungen und Steigungen könne man nötigenfalls wohl für Kleinbahnen wählen, niemals aber für Strecken, die Schnellzugverkehr aufnehmen sollen. Daraus müsse man annehmen, daß die Roon-Linie durchzuführen. Senator Dimper führte aus, daß sich das Reichsministerium direkt an das preussische Eisenbahnministerium gewandt hätte mit der Bitte, die Schwartau-Neustädter Linie nicht mit solchen Krümmungen und Steigungen zu versehen. Es sei darauf die Antwort eingegangen, daß diese Bauart für die Linie genüge, und daß, wenn später ja einmal die Roon-Linie in Betrieb genommen werden sollte, die Schwartau-Neustädter Linie leicht umgebaut werden könne. Auch die Frage der Verstaatlichung der Bahn war der Gegenstand der Erörterung. Von der Direktion wurde betont, daß der Zeitpunkt der Verstaatlichung noch ungewiß sei und bisher keine Verhandlungen eingeleitet worden seien. Von einem der Aktionäre wurde gewünscht, daß bei Festlegung der Entschädigung die gewinnreichen Jahre vor dem Kriege berücksichtigt würden. Wenn damals die Dividendenhöcker ein so gutes Geschäft gemacht haben, so ist es wohl nicht ungerechtfertigt, daß nun das Reich für die Allgemeinheit günstige Bedingungen durchsetzt.

**Landausenthalt für Stadtkinder.** Soeben trifft die Nachricht ein, daß eine Reihe von Kindern aus Beamtenkreisen von Finnland aus, um Deutschland Finnlands Treue und Dankbarkeit zu beweisen, für 8 Wochen zur Erholung eingeladen sind. Leider erhalten wir diese Nachricht erst einige Augenblicke und der Dampfer fährt schon Sonnabend ab, daher ist sofortige Anmeldung bei Frau Martha Köhler notwendig. Reise und Aufenthalt sind völlig kostenfrei. Als Reiseleitung wird noch eine weitere zuverlässige Kraft gesucht. — Warum sollen es nur Kinder aus Beamtenkreisen sein, haben die Kinder der Arbeiter die Erholung nicht ebenso, ja vielleicht nicht noch dringender nötig? Rech.

**Seife mit Seife.** Es wird darauf hingewiesen, daß Seife nach wie vor nicht frei gehandelt werden darf. Seife darf nur zu den gesetzlich bestimmten Höchstpreisen und gegen Seifenkarte (seroz. Verordnung vom 21. Juni 1917) abgegeben werden. Die Herstellung von Seife ist nur den Mitgliedern der Seifenherstellung- und Vertriebsgesellschaft gestattet. Aus dem Auslande oder dem besetzten Gebiete stammende Seife ist beim Reichsausschub für Dele und Fettsäure abzuliefern.

**Die Kriegsvorgemerkten mit dem Ausdruck „5 Bfg. für Kriegsbeschädigte“** werden, nachdem inzwischen eine zweite Auflage hergestellt worden ist, auch über den 31. Mai hinaus soweit die Vorräte reichen, an den Schaltern der dazu bestimmten Postämter zum Verkauf gestellt.

**Hanslathaler.** Das mit so großem Erfolge gegebene Militärausstattungsstück „Krone und Kessel“ wird noch am Mittwoch und Sonnabend abend aufgeführt. Donnerstag abend 8 Uhr findet die Eröffnung der Schwankes „So'n Windhund“ statt, eines der lustigsten Stücke der Gegenwart. Vorzugskarten gelten.

**Stadthallentheater.** Heute, Mittwoch: Großes Konzert des Vereins der Musikfreunde Lübeck im Stadthallentheater. Bei ungenügender Fütterung findet das Konzert im Saal statt. Abends 7 1/2 Uhr findet die erste Schauspielvorstellung der Sommerpielzeit statt. Zur Aufführung gelangt Otto Ernst „Fischmann als Erzähler“.

**Ermittelt und festgenommen** wurden ein Steuermann, ein Heizer und ein Bäcker. Alle drei sind in Hamburg wohnhaft und beziehen dort Arbeitslosenunterstützung. Weil sie mit dieser angeblich nicht auskommen konnten, obwohl alle drei ledige Leute sind, beschloßen sie, nach Lübeck zu fahren und hier Diebstähle auszuführen. Sie setzten ihre Absicht in die Tat um, denn am Dienstag morgen gegen 5 Uhr wurden sie beobachtet, als sie mit einem Handkoffer ein Gartenhaus verließen, um sich nach dem Bahnhof zu begeben. Als sie dort gestellt werden sollten, ergriffen sie die Flucht. Sie konnten aber gestellt und festgenommen werden. In ihrem Koffer verwahrten sie 6 Kaninchen, die sie in Badendorf gestohlen hatten. Der Heizer ist ein mehrfach vorbestrafter Mensch und ist vor kurzem aus der Strafanstalt in Fuhlsbüttel bei Hamburg nach einer 1 1/2jährigen Gefängnisstrafe wegen Diebstahls entlassen. In dem Besitz der Diebe wurden außerdem Pfandbriefe über in Hamburg verlehnte Gegenstände gefunden, die ebenfalls von Diebstählen herrühren dürften.

**Diebstähle.** Ermittelt und festgenommen wurde ein Diebstahlsmattrope eines im hiesigen Hafen liegenden Seglers, der von einem anderen Fahrzeuge eine größere Menge Tauwerk gestohlen hatte. — Festgenommen wurde ferner ein in der Genedesstraße wohnhafter jugendlicher Arbeiter, der einem Kameraden 200 Mk. gestohlen hatte. — Ebenfalls festgenommen wurde ein in der Königstraße wohnhafter Schloffer, der in dem dringenden Verdachte steht, fortgesetzt Diebstähle in einem Manufakturgeschäft in der Königstraße ausgeführt zu haben. In dem Besitze des Festgenommenen wurden zu diesem Geschäft passende Schlüssel gefunden.

**Wieder ergriffen** und der Strafanstalt Lauerhof zugeführt wurde ein Arbeiter, der im Februar d. J. als Gefangener der Strafanstalt von der Außenarbeit entwichen war. Der Wiederfestgenommene hat noch eine Reststrafe von 5 Wochen wegen Diebstahls zu verbüßen.

**Reiherdiebstähle.** Aus einer Bodenstube in der Mühlenstraße sind zwei neue schwarze Tuchröcke, zwei weiße Unterröcke, ein Paar neue Damenstiefel und ein Stück Toilettecreme gestohlen worden. — Aus dem Schaufenster eines Pughäufers in der Sandstraße sind in der Nacht zum 3. d. M. ein schwarzer und zwei weiße Damenhüte, ein schwarzer Bauffischhut mit roten Beeren und ein bunter Bauffischhut mit schottischem Kopf gestohlen worden. — Aus einem Hause in der Hülfstraße wurden folgende Sachen mittels Diebstahls gestohlen: 3 Nachthemden mit Lochsticker, gez. G. J., 4 Damenhemden, gez. G. J., 4-5 Damenkleider, gez. G. J., 2 Oberlaken, gez. D. J., 4 Tischtücher, gez. D. J., 1 golddouble Damenarmbanduhr, 1 silb. Herrenuhr, 1 goldene, auf beiden Seiten geprägte Medaille von 1895, Ausstellung von Lübeck, Fleischer-Jungung und 1 Gradweife.

**Kühnig-Siemens.** In einer gut besuchten öffentlichen Versammlung bei Dietelmann sprach gestern abend der Genosse Ingenieur E. Kühnig über die Sozialisierung der Produktion. Die klare und anschauliche Weise, in welcher die brennende Frage der Sozialisierung vom Referenten dargelegt wurde, festelte die Aufmerksamkeit der Zuhörer. An der sehr lebhaften Diskussion beteiligten sich Redner aller Parteien und es ist bemerkenswert, daß sowohl die Redner der U. S. P., und auch die der R. P. D. den Ausführungen des Referenten im großen ganzen zustimm-

ten. Allgemein wurde ein schnelleres Tempo in der Sozialisierung gewünscht, wogegen vom Referenten sachliche begründete Erwägungen gemacht wurden.

**Hamburg.** Der Holzarbeiterstreik beendet. In einer gestern abend abgehaltenen Versammlung wurde beschlossen die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Forderungen sind in einigen Betrieben bewilligt. Man glaubt durch zentrale Verhandlungen für alle Betriebe die Forderungen durchzuführen.

**Kiel.** Tödlicher Unglücksfall. Auf dem Bahnhof in Gortorf verfuhr der dortige effiziente Schüler Carsten Martens vor einem einlaufenden Zuge das Gleis zu überschreiten. Hierbei wurde er vom Zuge erfasst und am Kopf und an den Beinen schwer verletzt, so daß er bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus gestorben ist. — Beim Segeln ertrunken. Bei dem Sonntag nachmittag herrschenden böigen Westwind schlug auf der Höhe von Mollenort ein Segelboot voll und sank. Von den Insassen, zwei Studenten, ertrank der aus Hannover stammende Student der Chemie Rudolph Lange.

**Köln.** Großfeuer. Am Freitag nachmittag gegen 3 Uhr brach in dem Schweinestall des Anwesens des Schulzen Meiermann im benachbarten Bramow ein Brand aus, der sich in kurzer Zeit über die anliegenden Gebäude mit großer Schnelligkeit verbreitete und bis zum Abend acht Gebäude eingeeicht hatte. Viel Vieh kam in den Flammen um. Dem Schulzen Meiermann verbrannte fast sämtliches Vieh, darunter 19 Kühe. Zur Bekämpfung des Feuers war die Rostocker Feuerwehr mit der Dampfspritze erschienen. Das Feuer soll durch spielende Kinder verursacht sein.

**Emden.** Kommunistenputsch. In Emden verübten Kommunisten nach einer Verammlung allerhand Gewalttätigkeiten, so daß die Sicherheitswache von der Waffe Gebrauch machen mußte. Einige schwerverletzte mußten in das Krankenhaus gebracht werden. Die Arbeiter der Nordseewerke traten in einen Brotstreik gegen den Terror ein.

**Gewerkschaftsbewegung.** Die internationale Gewerkschaftskonferenz beginnt am 28. Juli in Amsterdam. Einige Tage vorher ist eine kleine Vor-Konferenz, an der nur Vorsitzende und Sekretäre der Landesverbände teilnehmen sollen. — Eine internationale syndikalistische Gewerkschaftskonferenz findet in Amsterdam im August statt.

**Aus Nah und Fern.** Bombenattentate in Amerika. Eine Hüllmaschinenfabrik explodierte vor dem Hause des Generalanwaltes. Das Haus wurde beschädigt. Einer der Attentäter wurde dabei getötet, die Bewohner des Hauses blieben unversehrt. Auch aus anderen Städten werden Bombenattentate gegen hervorragende amerikanische Persönlichkeiten gemeldet. Unglücksfälle haben sich dabei jedoch nicht ereignet.

24 Millionen für deutsch-österreichische Kinder. In Wien fand die feierliche Eröffnung des deutsch-österreichischen Jugendhilfswerkes für Kindererpefung statt, zu dessen Organisation die Amerikaner Lebensmittel im Werte von 24 Millionen Kronen gespendet haben.

Die Opfer der Kinobrandkatastrophe. In Valence sur Rhone wurden 83 Tote geboren, die bei dem Kinobrand umkamen. Man schätzt die Opfer auf 110 bis 120.

## Neueste Nachrichten.

**Verhaftung sozialdemokratischer Führer.** Frankfurt a. M., 4. Juni. In Mainz demonstrierten Tausende von Arbeitern vor dem Stadthaus gegen die Verhaftung der drei sozialistischen Führer Adelsung, Schildbach und Joh. Französischer Gendarmerie, welche versuchte, die Menge auseinander zu treiben, wurde tätlich angegriffen. Erst Militär brachte es fertig, den Platz zu säubern. Jetzt ist das Stadthaus im weiten Umkreise abgesperrt und durch Maschinengewehre gesichert. Der Generalstreik ist gestern beendet worden.

**Der rheinische Generalstreik.** Manheim, 4. Juni. Am Montag streikten in Ludwigshafen viele Tausende Arbeiter aller großen Fabriken, ebenso wie die Beamten und Angestellten als Protest gegen die Ausrufung der Rheinischen Republik. Die Franzosen lühten durch großes Militärangebot Demonstrationen entgegenzutreten. Kavalleriepatrouillen mit gezogenem Säbel und Maschinengewehrkompanien, selbstmännlich besetzt, durchzogen die Straßen der Stadt. In Ludwigshafen wie in der ganzen übrigen Pfalz, Landau, Speyer, Kaiserslautern kam die Ausrufung der Pfälzischen Republik als nötig geäußert betrachtet werden. Ueberall erklärte sich die Bevölkerung in großen Massen entschieden gegen diese verätherlichen Maßnahmen. In Mainz wurde der Proteststreik als Generalstreik am Montag bis zum Abend uneingeschränkt durchgeführt. Ein starkes militärisches Aufgebot, vor allem General Galkner, beherrschte das Stadtbild.

**Die Bedingungen für Oesterreich.** Wien, 4. Juni. Der Verlust an Ländern und Menschen durch die Friedensbedingungen läßt sich auf den ersten Blick noch nicht genau feststellen. Jedenfalls verliert Oesterreich durch die Friedensbedingungen mehr als 4 Millionen seiner bisherigen Einwohner. Nach einem Telegramm aus Saint Germain hat der Staatskanzler die Friedensbedingungen ungefähr folgendermaßen gekennzeichnet: Nahezu alle Länder von Nieder-Oesterreich werden verstimmt. Das letztere, indem man ihm die Möglichkeit nimmt, an der Schaffung eines Donau- oder Donau-Elbe-Kanals teilzunehmen. Alle Eisenbahnen und Strassenzüge, sowie Kaufhäuser werden verstimmt. Nirgends ist die Bahnhöhe die Grenze, sondern überall die Linie unterhalb der Bahnhöhe. Wo eine blühende Stadt von reindeutschem Charakter ist, wird einfach annektiert. Staaten, die nur einen Sinn haben, wenn sie einheitlich verwalte werden, sind zerrissen. Sämtliche Eisenbahnen werden zu höchst unfruchtigen Sackbahnen gemacht, die in der Einde oder auf freiem Felde endigen. Deutsch-Oesterreich hat in seinen alten Bahnen kostspielige Einrichtungen getroffen. Diese Rumpfsackbahnen kann niemand rationell betreiben.

**Generalstreik in Paris.** Versailles, 4. Juni. Der Streik hat im Laufe des gestrigen Tages in Paris eine ganz bedeutende Ausdehnung angenommen. Sämtliche Straßenbahnen, Untergrundbahnen, Omnibuslinien sind eingestellt. Die Angestellten der Warenhäuser, der amtlichen Telefon-Zentralen, der Gummi-Fabriken, der gesamten Automobil-Fabrikation, der Bekleidungsämter, der Parfumerien, der Kartonnagen- und Telefon-Fabriken sind in den Zustand getreten. Der Draht Versailles-Paris ist dadurch beeinträchtigt, daß die Streikenden die Stromleitung abgeschnitten haben. Ganz Paris ist ohne Licht! Der Streik hatte einen rein gewerkschaftlichen Charakter, jetzt wird u. a. die Forderung eines Rechtsfriedens an Deutschland und Oesterreich, die Aufhebung der Blockade und die sofortige Entlassung der Kriegsgefangenen gefordert. Die Regierung hat eine große Anzahl von Truppen, die sie als zuverlässig hält, in der Umgebung von Paris zusammengezogen. In den letzten Nächten sind durch Versailles fortwährend große Abteilungen Artillerie und auch Kavallerie gezogen. Es heißt, daß ganz Paris mit Sicherheitsstruppen umstellt sei. Der „Kranke“ schreibt, daß die Deutschen wahrscheinlich noch länger auf ihre Antwort werden warten müssen, weil Herr Clemenceau augenblicklich mit anderen Dingen zu schaffen habe.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Bauer. Verlag: Th. Schöner. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.



Maass

# Lech's



**„ELSE“**  
Mull-Kragen  
bestickt und mit feiner  
Spachtelkante verziert,  
sehr geeignet für  
Jacken und Blusen 695



**„ELFRIEDE“**  
Blusen-Kragen  
aus Tüll mit bestickter  
breiter Kante garniert, 925  
entzückende Form

**besonders  
beachtenswerte  
Angebote  
aus unserer  
Modewaren-  
Abteilung**



**„BERTA“**  
Seiden-Kragen  
in schwarz-weiß u. blau-  
weiß gestreift,  
sehr kleidsame Form  
1050



**„THILDE“**  
Mod. groß. Kragen  
aus gutem Volle, mit prima  
Klöppelspitzen und Einsätzen  
garniert 1650

**Schriftliche Bestellungen**  
werden prompt erledigt; es  
genügt die Angabe des zu  
dem betreffenden Artikel ge-  
hörenden Namens.



**„MARGOT“ Tülljabot**  
mit Stehkragen, eleg. große  
Form, reichlich mit  
Spitzen verziert 1500



**„Käthe“ Untertaille**  
aus gutem, waschbarem Tüll,  
mit Valenciennes-Spitzen 825  
u. Banddurchzug garniert

Larstadt

Komm - Ges. Lübeck

**Restaurant Schlesierheim**  
Schmiedestr. 3  
G. Lachmann :: Gemüthlicher  
Aufenthalt f. Skatspieler. (3068)

**Bund Deutscher  
Bodenreformer**

Freitag, d. 6. Juni, 7 1/2 Uhr  
im Saale Königl. 5  
Vortrag von **Baudirekt. Balth**  
über die  
„Maßnahmen zur Behebung  
der Wohnungsnot und  
Förderung der Wohnbedingung  
mit anschließender Aussprache  
Gäste, besonders solche, die  
bauen oder siedeln wollen, sind  
kommen.  
3057) **Der Vorstand,**  
Dr. Schumberg, Sophienstr.

**Seeretz.**  
**Groß. Pfingstball**  
am Sonnabend, dem 7. Juni  
bei **Gustav Sablonski.**  
Anfang 7 Uhr. 3069

**Einladung**  
zu den Vorträgen des  
**Bundes für Dreyteilung  
des sozialen Organismus**  
am Mittwoch und Donner-  
tag, den 4. und 5. Juni  
abends 7 1/2 Uhr,  
im Saale der Gef. zur Be-  
gemein. Tätigkeit.

Das Proletariat und die  
Wichtigkeit des Geisteslebens  
**Die Dreigliederung  
des sozialen Organismus.**  
Redner: Herr Werbeck-Hamburg  
Der vorbereitende Ausschuss  
3087) der Ortsgruppe Lübeck.

**HANSA  
THEATER**  
Mittwoch: Krone und Fessel  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Zum ersten Male! (3054)  
**So'n Windhund.**  
Schwan v. Kraatz u. Hoffmann  
Das lustigste Stück d. Gegenw.  
Freitag: So'n Windhund.  
Sonnabend: Krone und Fessel

**Stadthallen - Theater**  
Lübeck. 3076  
Mittwoch, den 4. Juni  
nachmittags 4 Uhr:  
**Großes Konzert**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Flachsmann als Erzieher**  
Komödie in 3 Akten  
von Otto Ernst.  
Donnerstag, den 5. Juni,  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Filmzauber.**  
Freitag, den 6. Juni:  
**Als ich noch im  
Flügelkleide.**  
Sonnabend, den 7. Juni:  
**Die geschiedene Frau.**

**Stadthallengarten Lübeck.**  
Mittwoch, den 4. Juni  
nachmittags 4 Uhr:  
**Großes Konzert**  
des Vereins der Musikfreunde  
Lübeck. (39 Musiker).  
Eintritt Mk. 1.—  
Dutzendbillets Mk. 10.—  
Bei ungünstiger Witterung  
findet das Konzert im Saal statt.

Ein großer gut erhalt. Schloß-  
ford zu verkaufen. (3091)  
Freitag, Fischstraße 82 I.  
Herren - Raschhufe, Nr. 43,  
wenig getr., zu verk. (3049)  
Kriegengarten 4 I.  
H. Wiltarmantel u. gr. zierl.  
Kleidertrank f. verk. (Kirsch).  
Dornstr. 42.  
3079) Gina. Erneuerungstr. 6.  
F. n. S. Schürzenerei 44.  
schmal, geg. breite zu tauschen;  
ev. Bezugschem. Nach 3 Uhr.  
3051) Weithoffstr. 46, I.  
Wiltarmantel, Größe 24, als  
Arbeitschuh geeignet, billig zu  
verkaufen.  
3081) Weithoffstr. 10, II.  
Guterh. Fahrrad - Mantel zu  
f. gel. Ang. u. Nr. u. B H 66  
an die Exp. d. Bl. (3047)  
Eine **Kücheneinrichtung**  
zu f. gel. Ang. u. ER 2 an  
die Exp. d. Bl. (3050)  
Zwei guters. Fahrradmantel  
zu f. gel. Ang. u. O N 5 an  
die Exp. d. Bl. (3052)  
Kamischen zu kaufen gesucht  
3054) Koppau, Weithoffstr. 14.

**Glasarbeiten**  
aller Art off.  
C. Fauchig, Glashandl.,  
Fleischb. 35, Fernr. 2824, 1908

**Reichsbund der  
Kriegsbeschädigten, Kriegs-  
teilnehmer u. Kriegshinter-  
bliebenen**  
Ortsgruppe Lübeck. 3094  
**Bezirk Kücknitz  
Mitgliederversammlung**  
am Donnerstag, dem 5. Juni,  
abends 8 Uhr,  
Faascs Saalhof, Stadt Lübeck

**Reinleinene Schürzen**  
Küchenschürzen  
blau Zellstoff Std. Mk. 5.80  
3 Std. Mk. 16.50  
rein Leinen Std. Mk. 14.—  
3 Std. Mk. 41.—  
**Frauenwirtschaftsschürze,**  
eleganter  
Pa. Zellstoff Std. Mk. 9.50  
3 Std. Mk. 27.—  
rein Leinen Std. Mk. 25.60  
3 Std. Mk. 75.—  
**Damenhausschürze,**  
sehr vornehm  
allerb. Zellstoff Std. Mk. 16.—  
3 Std. Mk. 46.—  
rein Leinen Std. Mk. 29.50  
3 Std. Mk. 86.—  
**Kleiderschürze**  
Pa. Pa. Zellstoff Std. Mk. 34  
3 Std. Mk. 95.—  
**Männerschürze**  
blau Zellstoff Std. Mk. 6.25  
3 Std. Mk. 18.—  
**Scheuertücher** (3076)  
Dyb. Nr. 9. — und Nr. 12. —  
August Reilly Dessau M. 1904

**Verband der Bureau-  
angestellten Deutschl.**  
Ortsgruppe Lübeck.  
Sitz Berlin.

**Versammlung**  
aller bei den  
niederrhein. u. holländischen  
Behörden beschäftigten  
**Bureau-Angestellten**  
am Donnerstag, dem 5. Juni  
abends 7 1/2 Uhr  
im Turnerschaftsheim, a. d. Mauer.  
Tages-Ordnung wird in der  
Versammlung bekannt gegeben.  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Der Vorstand. 3082

**Verband der Gemeinde-  
und Staatsarbeiter**  
Filiale Lübeck.

**Versammlung**  
aller am Bauamt be-  
schäftigten ständigen  
**Arbeiter**  
am Freitag, dem 6. Juni,  
abends 7 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus.  
Tagesordnung:  
Neuwahl des Arbeiterausschusses.  
Das Ercheuen eines jeden  
Kollegen ist Pflicht.  
3055) Die Ortsverwaltung.

**Deutscher  
Transportarbeit. - Verb.**  
Verwaltungsstelle Lübeck.

**Versammlung**  
der  
**Kohlenakkordarbeiter**  
am Donnerstag, dem 5. Juni  
abends 7 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Tages-Ordnung:  
**Stellungnahme zum Lohnstarif.**  
Mitgliedsbücher müssen vorge-  
zeigt werden.  
3086) Die Ortsverwaltung.

**Geschäfts-Eröffnung.**  
Mit dem heutigen Tage eröffne ich die bisher von  
Herrn F. K. Meiners innegehabte  
**Huf- u. Wagen schmiede**  
mit elektrischem Betrieb.  
Es wird mein ernstes Bestreben sein, meine Kund-  
schaft auf das Sorgfältigste bei soliden Preisen zu be-  
dienen.  
Indem ich bitte, mein junges Unternehmen gütigst  
unterstützen zu wollen, zeichne ich  
Hochachtungsvoll (3097)  
**Hans Piel,**  
Dankwartsgrube 51/53.

**Adlershorst. Jeden Donnerstag:**  
**Tanz.** 3085

**FRIEDRICHSHOF.**  
Heute Mittwoch, den 4. Juni:  
**Gr. Ball**  
Anfang 7 Uhr. (3086)

**METROPOL.**  
Ab Freitag, den 30. Mai bis Donnerstag, den 5. Juni:  
Ein Filmwerk der Kinematographie, welches in allen Städten n u r  
ausverkauft Häuser brachte. (3074)  
**Die Prostitution.**  
Sozialhygienisches Filmwerk in 1 Vorspiel und 6 Akten.  
Mit wissenschaftlicher Unterstützung von Sanitätsrat  
**Dr. Magnus Hirschfeld.**  
Sauptrollen: **Werner Krauss** und **Rita Clermont.**  
Vorführung um 4, 6 und 8 Uhr.



## Napoleon der Vierte.

In Frankreich regiert momentan Napoleon der Vierte. Nicht eine einzelne Person, aber das herrschende System läßt sich mit diesem Namen bezeichnen. Die Napoleone repräsentieren den französischen Militarismus, und dieser ist es, der gegenwärtig eine neue napoleonische Politik treibt. Eine napoleonische Politik ohne Napoleon, aber mit allen napoleonischen Mitteln.

Napoleon der Erste wie Napoleon der Dritte haben als ihr Ziel betrachtet, Frankreichs Macht auf ein geschwächtes und zerstückeltes Deutschland zu stützen. Als französische Militärs sind beide glückliche Feinde des deutschen Einheitsgedankens gewesen. Napoleon I. gelang es, das alte Deutsche Reich endgültig in Trümmer zu schlagen, Napoleon III. unterlag bei dem Versuch, die werdende deutsche Einheit aufzuhalten.

Jetzt sind in Frankreich die Napoleoniden am Werke. Schon in den Verfallenen Bedingungen nach manchem verdächtig nach dem Tillyer Frieden von 1807. So stellt die angeblich napoleonische Entwaffnung Deutschlands nichts weiter vor als eine Kopie des napoleonischen Diktums, wonach die preußische Armee auf 40.000 Mann beschränkt wurde. Aber so ungeheuerlich die Bedingungen von Versailles sind, ein französisches Hauptkriegsziel enthielten sie nicht, das sucht Frankreich ganz außerhalb des Vertrages zu verwirklichen: die neue Zerstückelung Deutschlands.

Napoleon IV. gründet den neuen Rheinbund. Es ist kein Zufall, daß die französischen Machenschaften in der Rheinprovinz, in Nassau, der Pfalz usw. gerade jetzt an die Oberfläche treten. Der stärkste Trümpf wird ausgespielt, um Deutschland einzuwickeln und zur Unterzeichnung zu veranlassen. So, droht man uns, werden wir Euch in Stücke reißen, wenn Ihr Euch weigert.

Aber der Bogen springt an seiner Ueberspannung. Der alte Rheinbund konnte mit den Errungenschaften der französischen Revolution laden; der neue Rheinbund bedeutet kapitalistische Reaktion gegen das sozialistische Deutschland, er findet außer bei einer Handvoll käuflicher Verräter keine Sympathie, die Arbeiterklasse lehnt ihn geschloffen ab. Dieses Gebilde militärischer Gewaltpolitik ist nur lebensfähig, so lange es sich auf die Bajonette militärischer Okkupation stützt. Es wird noch schneller zusammenbrechen als der alte Rheinbund ungeliebten Angebens. Wir fürchten um die Einheit Deutschlands nicht, dazu ist der Gedanke zu tief verankert, aber den Franzosen könnte es leicht so gehen, wie dem Hund, der auf zwei Hasen jagt und keinen fängt. Ein zerstückeltes Deutschland ist nämlich zahlungsunfähig. Wenn nun Frankreich bei seinen Aufstiegsplänen verharrt, so wird es wohl den größten Teil der eroberten Kriegserlöse in den Schornsteinen verbrennen können. Das Uebermaß der Drohung macht diese unwirksam.

## Aus der Lehrerorganisation.

Der Hauptausschuß der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands hielt am Himmelfahrtstage seine erste Sitzung in Berlin ab. Vertreten waren sämtliche bisher durch den Hauptausschuß berückichtigten Bezirke und zwar: Ost- und Westpreußen, Groß-Berlin, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Provinz Sachsen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Hannover, Braunschweig, Westfalen, Hessen, Rheinprovinz, Sachsen, Hamburg, Bremen, Lübeck, Oldenburg und Thüringen. Außerdem war der Hauptvorstand vertreten.

Es handelte sich hauptsächlich um eine Klärung der im Hauptvorstand und unter den Berliner Kollegen aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten über die organisatorische Selbständigkeit der Arbeitsgemeinschaft oder ihren Anschluß an die Vereinigung sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen, die alle drei Richtungen des Sozialismus umfaßt. Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, Heinrich Schulz, gab einen Überblick über die bisherigen Beratungen in dieser Frage. An der Lehr eingehenden Aussprache beteiligten sich fast sämtliche Mitglieder des Hauptausschusses. Es wurde folgender Antrag mit allen gegen 3 Stimmen angenommen:

„Der Hauptausschuß der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands erklärt es für eine

Pflicht der in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands organisierten Lehrer und Lehrerinnen, der Arbeitsgemeinschaft als tätige Mitglieder anzugehören, sofern sie aus Grund berufsmäßiger Eignung und persönlicher Neigung gewillt sind, die Partei bei der Durchführung ihrer Arbeiten, besonders der Schulpolitik und der Bildungs- und Schulbewegung zu unterstützen.

Die Arbeitsgemeinschaft ist als Glied der Gesamtorganisation der sozialdemokratischen Partei an deren Sitzungen und Beschlüssen gebunden und kann sich daher weder als Ganzes noch in einzelnen ihrer Orts- und Bezirksgruppen-Beschüssen von Vereinigungen unterwerfen, die aus Mitgliedern verschiedener sozialistischer Parteien gebildet sind.

Der Hauptausschuß fordert die parteigenösslichen Kollegen und Kolleginnen auf, unermüdet an die Bildung von Orts- und Bezirksgruppen heranzutreten und eine rege Tätigkeit im Sinne der Ziele der Arbeitsgemeinschaft aufzunehmen.

Da infolge der Meinungsverschiedenheiten einige der Berliner Mitglieder des Hauptvorstandes ausgeschieden waren, wählte der Hauptausschuß die von der neugegründeten Berliner Ortsgruppe der Arbeitsgemeinschaft vorgeschlagenen Genossen Thaus, Meyer und Dr. Cawerau in den Hauptvorstand. Die vom Hauptausschuß vorgeschlagenen Mittel zur Entfaltung der Orts- und Bezirksgruppen wurden gut geheißen. Sodann nahm der Hauptausschuß noch die folgende Entschiedenheit an:

„Der Hauptausschuß erklärt: In der Ortschulinspektion sieht die Lehrerschaft eine der vielen Fesseln, mit denen die Schule an die Kirche gebunden ist und in ihrer selbständigen Entwicklung aus Schwerförmigkeit gehindert wird. Die Lehrerschaft empfindet diese Fessel als besonders unerträglich, weil sie durch den Ortsgeistlichen persönlich in die Erscheinung tritt und von jeder in der Ortschulinspektion zur Unterdrückung der freien Lehrertätigkeit geführt hat. Der Hauptausschuß hält deshalb die Abschaffung der Ortschulinspektionen, wie sie das in Preußen eingeführte Gesetz vorsieht, für eine Selbstverständlichkeit, zu irgendwelcher Dankesbezeugung an die Einrichtung selber oder an die bisherigen Ortschulinspektoren liegt für die sozialdemokratischen Lehrer kein Grund vor.“

## 7. Verbandstag der Fleischer.

k. r. Berlin, den 2. Juni.  
Vom 30. Mai bis 4. Juni hält der Zentralverband der Fleischer seinen sechsten Verbandstag ab. Als die Öffentlichkeit interessierende Fragen stehen auf der Tagesordnung die Punkte: Sozialisierung im Fleischerhandwerk, Rätefragen und Gewerkschaften, Arbeitslosigkeit, Lehrlingszählerei und Frauenarbeit, Lohnbewegung und Tarifverträge. Paul dem gedruckten Geschäftsbericht zählte der Verband bei Ausbruch des Krieges etwas über 7000 Mitglieder, die sich auf 89 Zahlstellen verteilten. Der Krieg dezimierte diesen Bestand durch ungeheure starke Einberufungen gewaltig. Es bedurfte des ganzen Opfermutes der Daheimgebliebenen und auch des Einbringens der Frauen, um die Verwaltungssachen und die Vertretung in Gang zu halten. Doch noch vor Abschluß des Krieges bestellte sich die Lage des Verbandes. Und seit Ausbruch der Revolution und der Rückkehr der alten Mitglieder und Funktionäre setzte erst recht neues, spritzendes Leben ein. Am Abschluß des 1. Quartals 1919 waren 18.843 Mitglieder, darunter etwa tausend weibliche, in 128 Zahlstellen vorhanden. Die Hauptstelle zählte am 30. April d. J. einen Bestand von 208.338 Mt. Seine letzte Geschäftsperiode (vor dem Krieg) schloß der Verband nur mit einem Hauptstellenbestand von 16.963 Mt. ab. Ein Spiegelbild des Fleischerberufes vor dem Krieg war die ungeheure Lehrlingszählerei und die lange Arbeitszeit. In diesen Jahren, die zum Teil schon grundlegend geändert sind, gilt es weiter bessernd einzugreifen. Auch für Sozialisierung, so berichtet der Vorstand, hat der Verband alle Anstrengungen zu tun. Große vorhandene und auszubauende Aufgaben sind in Zukunft zu erfüllen. Wir werden über den Tagungsverlauf zusammenfassend berichten.

## Aus der Partei.

Sozialistische Lehrer und Lehrerinnen aller Schulgattungen! Der Vertretertag am Dienstag, dem 10. Juni soll zu einer mächtigen Kundgebung der sozialistischen Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands und Deutsch-Oesterreichs werden. Schickt nicht nur Eure Vertreter nach Berlin, sondern wohnt selbst möglichst zahlreich den Verhandlungen bei. Treffpunkt: Montag, den

9. Juni, abends sieben Uhr im Eichenholzaal im Restaurant „Reinhold“, Belfortstraße (Potsdamerplatz). Verhandlungsbegleitung: Dienstag, den 10. Juni, vormittags 9 1/2 Uhr, im Orientalischen Seminar, Dorothienstraße 6. — Freies Nachtquartier bei Genossen unseres Vereins. Auskunft erteilt Genosse Grumann, Berlin NW. 5, Birkenstraße 10.

## Aus dem Gerichtssaal.

Wegen Verleumdungen gegen Regierungstruppen hatten sich zwei Mädchen in Berlin zu verantworten. Es handelte sich um Maria de Bager und Maria Horbens, die Ende Februar freiwillig im Marfalk bei der Volksmarineteilung erschienen und erzählten, sie hätten durch einen Zufall den damaligen Kommandeur des Regiments Reinhard, Major Kühwein, und einen Leutnant Kahne kennen gelernt. Im Laufe dieser Bekanntschaft hätten die beiden Offiziere etwas aus der Schule geplaudert. So wäre ihnen u. a. erzählt, daß in einer der folgenden Nächte mit 18 extra aus dem Munsterlager beordneten Fliegermaschinen ein Angriff der Regierungstruppen auf den Marfalk geplant sei. Gleichzeitig wolle man Scheinwerfer anwenden und die Matrosen blenden, damit sie kein Ziel haben. In 14 Tagen befinden sich keine Matrosen mehr in Berlin. Beim Regiment Reinhard werde heimlich eine Zeitung gedruckt, welche nur an die Offiziersstreifkompagnie verteilt werde. Diese Mitteilung steigerte die in der Volksmarineteilung vorhandene Erregung bis zur Stechhöhe. Es wurden sofort allerlei militärische Maßnahmen getroffen. Einmal im Fluß, erzählte die Angeklagte de Bager noch: Im Moabit Kriminalgericht würden die Sparta-Studenten von dem Leutnant Hüffelin, einem Türken, gefesselt an die Wand gestellt, dann binde man ihnen eine Koppel um und befestige eine Handgranate daran. Diese werde von dem Offizier abgezogen und sie fliehen dann weg, während der Sparta-Susmann in Stücke gerissen werde. In einem weiteren Protokoll gab de Bager, unterstützt von Horbens, folgendes an: „Der Oberleutnant Kahne hat mir erzählt, daß ein junges Mädchen, welches bei der Erschütterung des „Vorwärts“ verhaftet worden sei, zum Tode verurteilt worden sei. Das Mädchen habe gesagt: „Ich sterbe gern, ich habe ja 19 Mann von der Koste-Garde mit dem Maschinengewehr gerötet.“ Leutnant Kahne habe darauf erklärt, daß für sie eine Kugel zu schade sei, er habe einen Bretterverlag bauen lassen, in dem dann eine abgezogene Handgranate hingeworfen sei, welche das Mädchen zerrissen habe.“ Diese und andere Beschuldigungen gegen das Regiment Reinhard und die übrigen Regierungstruppen haben beide Angeklagte zu Protokoll, unterschrieben die Erklärung eigenhändig und erhielten dafür von dem damaligen Kassenführer der Volksmarineteilung halbes je 25 Mt. auszugsweise. Wie halbes in seiner früheren Vernehmung bekundet hatte, habe er den beiden Frauen das Geld lediglich aus Mitleid gegeben, weil sie es offenbar brauchen konnten. — Es wurden auf diese Beschuldigungen hin sofort die umfassendsten Ermittlungen angefangen, welche das Resultat hatten, daß festgestellt wurde, daß die ganzen Geschichten von A bis Z, erlogen waren. Eine Gegenüberstellung des Majors Kühwein und der übrigen Offiziere mit den Angeklagten veranlaßte diese zu dem unter Tränen abgegebenen Geständnis, daß sie diese Offiziere überhaupt nicht kennen und sie sich die ganzen ungeheuerlichen Verleumdungen aus den Fingern gelogen hätten. Auf die einträgliche Mahnung des Vorsitzenden, doch die reine Wahrheit zu sagen, erklärten die Angeklagten unter Tränen, sie wüßten selbst nicht, wie sie dazu gekommen seien. Die Angeklagte de Bager wurde zu 1 Jahr und 9 Monaten Gefängnis, die Angeklagte Horbens zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Levine zum Tode verurteilt. Das Standgericht Mä-nchen hat den Russen Levine (der sich in Baden naturalisierten ließ) wegen Hochverrats und ehelicher Untreue zum Tode verurteilt. Er erwiderte mit dem Ruf: „Es lebe die Weltrevolution!“ Von den Mitangeklagten wurden Universitätsprofessor Salz und Kunstmaler Schmidt freigesprochen. Der Architekt Zimmer wurde den ordentlichen Gerichten überwiesen. In der Urteilsverleumdung wird hervorgehoben, daß wer mit dem Schicksal eines Volkes spiele, in christlicher Gesinnung handle. Nach Schluß der Verhandlung ging der zum Tode verurteilte auf den Staatsanwalt zu, sprach mit ihm und verabschiedete sich dann ohne Erregung von seiner Mutter und Schwester. Standrechtliche Urteile sind innerhalb 24 Stunden zu vollziehen, doch besteht eine neue Verordnung, wonach Todesurteile dem Gesamtministerium zur Genehmigung vorzulegen sind.

## Ein Fehltritt.

Eine Bauerzgeschichte aus dem Tarnus von Fr. Rißel-Mainz.

16. Fortsetzung. Nachdruck verboten.  
Und als Frau Dorothea ihre Schwägerin darüber befragte, warum denn Dörchen in dem irigen Wohn befangen gewesen sei, Paul liebt sie nicht, nachdem doch sowohl die Eltern als auch sie selbst fest geglaubt hätten, daß eine herzliche Neigung zwischen den beiden jungen Leuten bestände, da hatte Frau Christiane den Kopf geschüttelt und erwidert:

„Gott waach, was sich des Mädche in de Kopp gefehlt hot! Aus Maanigkeite is des ganze Unglück komme! Uff der Paffehofener Kerb hot er sich köeins nit genoug um sie gekimmert — nit aarmol hot er mit ihr gedauzt — des hot se so uffgebracht daß se ihr ganz Gluck in de Wind geschlage hot!“ Dann hatte die Schwägerin wieder das Taschentuch vor die Augen gedrückt, und sich, wie schon hundert Male, den Tod gewünscht, damit sie nicht mehr daran zu denken bräuche, wie glücklich sich ihr und ihres Mannes Lebensabend hätte gestalten können und wie trostlos die Zukunft jetzt vor ihnen liege.

Frau Dorothea Reuter lenzte bei diesen Gedanken tief auf. So unglücklich, wie sie selbst in ihrer Ehe mit ihrem verstorbenen Mann gewesen war, der keinen anderen Lebenszweck gekannt hatte, als eine bis an den lärmlichen Geiz grenzende Sparbarkeit zu üben und sich darin gefiel, jedes Tun und Lassen des ihm angetrauten Weibes zu benörgeln, so sonnig hell hatte des Glückes Sonne über dem Eheleben ihres Bruders Gottfried und dessen Gattin Christiane geleuchtet. Aus wahrer Herzensneigung hatten sich diese beiden einst gefunden; trotz der Verschwiegenheit der Charaktere wußten sie sich verständig einander anzupassen, und wandelten ihren Lebensweg in innigster Seelenharmonie, so daß im ganzen Orte die Einigkeit der Eheleute Lamprecht fast sprichwörtlich geworden war.

Auch über dieses Glück war jetzt ein Gewittersturm des Schicksals dahingezogen und hatte alle Blüten und Früchte vernichtet. Was war aus ihrem Bruder, dem kerneisten und immer frohgemuten Gottfried Lamprecht geworden! Ein gebrochener Greis, schleppte er sein Dasein dahin und in dem die Blide seiner Mitmenschen, zermarterte sich selbst, indem er trotz dem flehentlichen Bitten der Schwester mit eiserner Beharrlichkeit sich dagegen verwahrte, dem verfallenen Kinde Verzeihung zu gewähren und ihm die ehemalige Liebe des Vaters wieder zugewenden. Ihn hieß das im Zorne ausgestoßene Wort: „Ich heb ka Kind mehr.“ Jurid, sein eignes Fleisch und Blut an das Herz zu ziehen und seine nach Liebe dürstende Seele zu erhitzen. Selbst die Kunde

von der schweren, lebensgefährlichen Erkrankung Dörchens, die ihm seine Schwester weinend gemeldet hatte, vermochte nicht, eine weichere Regung in dem starren Manne hervorzurufen, wenigstens hatte er kein Wort der Teilnahme verstanden lassen und sich mit einem finsternen Blick abgewendet. Und doch haizt ihn diese Kunde rühelos wie einen Nachwandler um das Haus der Schwester schleichen lassen, in der Nacht, als die Gefahr am höchsten war; die God hatte ihn zweimal gesehen, als er sich angstvoll bemühte, einen Blick in die zu ebener Erde gelegene Krankenkabine zu gewinnen, — aber rauch hatte er sie angefahren, als sie am nächsten Morgen sich zu ihm begab und zum Frieden und zur Verzeihung mahnte. Dabei hatte er ihr gedroht, daß er auch ihr für immer die Tür weisen würde, falls sie es noch einmal wagen würde, ihn an die entartete Tochter zu erinnern. Die wäre für ihn tot. Selbst seine Frau, die gute Christiane, durfte in seiner Gegenwart des eignen Kindes keiner Erwähnung mehr tun, wollte sie nicht gewärtig sein, daß Gottfried mit einem Glucke das Zimmer verließ und den ganzen Tag das Haus mied. Die arme Christiane! Wie war sie in der letzten Zeit so bleich und mager geworden, wie angstvoll schauten ihre guten Augen sie an, wenn sie Morgens herüberkam, um nach der kranken Tochter zu sehen und an deren Bett ihren Tränen freien Lauf zu lassen! Zwar hatte die schwere Erkrankung Dörchens bewirkt, daß nach Aussage des Arztes ihr Fehltritt ohne die Folgen blieb, unter deren ersten Anzeichen das unglückliche Mädchen ihrer Mutter das Geständnis ihres Verfehlens gemacht hatte — die öffentliche Schande blieb ihnen somit allen erspart —, aber heilen konnte dieser Umstand den tiefen Riß nicht, der zwischen Eltern und Kind entstanden war. Gottfried würde in seiner strengen Anschauung über das sittliche Verhalten seiner Tochter niemals verzeihen, daß sie einen Schritt vom Wege abgewichen war. Und Christiane! Wenn diese auch in ihrer echt weiblichen Güte dem Kinde im innersten Herzen verzeiht — auch bei ihr würde niemals mehr das Vertrauen zu diesem Kinde zurückkehren, welches sie ehemals gehegt, auch sie würde in ihrem ganzen Leben den Schmerz über das Geschehene nicht verwinden können.

Ein leiser Ruf aus dem Krankenzimmer schreute die God aus ihren Sinnen empor. Aufstehend ging sie mit leisen eiligen Schritten nach der Tür, öffnete dieselbe und warf einen Blick nach dem Krankentische. Zu ihrem freudigen Erstaunen sah sie dort Dörchen aufgerichtet sitzen und mit verwunderten Blicken um sich schauen, als müße sie sich bestimmen, wie sie hierher gekommen. Als das Mädchen die God gewahrte, flog ein freudiger Schimmer über seine Züge und beide Hände nach der Näherretretenden ausstreckend, fragte es lebend:

„God, is dann alles wahr? Is der Vatter noch immer so böös uff mich, un habe se se Paul wirklich ins Gefängnis brocht?“

Und als die gute Alte beäugend mit der Hand über die Stirne der Kronen rüch und rühelos sagte:

„Reg dich nit uff, Dörche! Es werd schon alles gut werd. Nur ruhig seist du bleibe, her der Doktor gesagt!“ Da schüttelte das Mädchen energisch den Kopf und erwiderte:

„God, lieb God, seg mir alles, was is! Lieber des schlimmste, als wie die Ungewißheit, — die mach mir traurer als wie ich bin! Wie is es mit dem Paul?“  
„Ja no, Dörche,“ erwiderte ägernd die Beiragte, „er ho ebe den Franz widder de Die geschickt, das er uff der Stell bod gebliebe is! Des waacht du so! Das der Paul du druff hingeliegt is worn — das waacht du auch! In e Wochen er nimt de Sach vor! Wenn der Advokat, den wo dem Paul sein Vatter genomme hot, nun beweise kann, daß der Paul in der Notwehr den Franz dodgeschmitte hot, dann bünt ihn nit passieren. Ter Franz hot so sei Messer gezeuge gehabt! Weil aber der Paul viel stärker wie der Franz war, so wenn die Herrn Richter des mit der Notwehr nit glaabe, un er werd se e Jahre fünf brumme müße! So hätt wenigstens der Advokat gesagt, den wo dem Paul sein Vatter genomme hot!“

„Un alles wege mir, alles wege mir!“, jammerte Dörchen und verhielte das Gesicht mit beiden Händen. „Weil er mich gern gehabt hot, wollt er nit leide, daß mir was Unrechtes nooch gesagt werd! Und ich dachs doch nit um ihn verdiene! Da God, hätt mich der Vatter doch sterbe losse, dann wär jeh alles schon vorbei!“

„Aber, Dörche, verständig dich doch nit! Du bist noch jung die Zeit geht über alles eweg, un was dich heit im Herz bohrt un peinigt, do denkst du in e paar Jahr nit mehr dran. Dein Vatter hot dich viel zu lieb, als daß er dir for sei ganz Lebe böös bleibe könn! Loß nur emol e bißche Gras über die Gesicht ge-gruelt hot! God, ich maan immer, der Franz hätt mir haamlisch was eingebe, daß es mich so zu ihm gezeuge hot. God, gibts so was? Bielleicht e Pulverbe oder so giftige Troppe? Ich maan, ich hätt emol früher in ere Gesicht so etwa gelese! Grad als wenn ich gar kaan eigne Wille hätt, so is mirs bei dem Franz immer gewese! Küße hab ich mich von ihm losse un hätt ihn desbe-doch umbringe könn!“

„Du höst gut rede, God! Wenn du wüßt, wies in mir aussieht! Lieb hab ich ihn gehabt, den Paul — so lieb, wie mer nur aan habe kann und hab ihn doch von mir geloshe, un warum? — Aus Trost un dunner Einbildung! Weil er sich uff der Paffehofener Kerb gar nit um mich gekimmert hot, hab ich ihm zeige wolle, daß ich mir gar nit aus ihm mach — hab mich dem annere an de Hals gehängt — dem annere, vor dem mirs haamlisch ge-gruelt hot! God, ich maan immer, der Franz hätt mir haamlisch was eingebe, daß es mich so zu ihm gezeuge hot. God, gibts so was? Bielleicht e Pulverbe oder so giftige Troppe? Ich maan, ich hätt emol früher in ere Gesicht so etwa gelese! Grad als wenn ich gar kaan eigne Wille hätt, so is mirs bei dem Franz immer gewese! Küße hab ich mich von ihm losse un hätt ihn desbe-doch umbringe könn!“



## Einschränkung des Gasverbrauchs.

Im Einvernehmen mit der Betriebsbehörde bestimmt das Polizeiamt, daß bis auf weiteres Gas nur in der Zeit von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr morgens, 11 bis 1 1/2 mittags, 4 bis 7 nachmittags, 7 bis 10 1/2 abends entnommen werden darf.

Zu- und Abhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 150 Mt. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft; außerdem wird Zuwiderhandeln das Gas sofort entzogen werden.

Lübeck, den 4. Juni 1919. (3100)

Das Polizeiamt.

## Bekanntmachung.

Vom Donnerstag, dem 5. Juni 1919, ab findet der Umtausch der Fleischkarten für Kinder im 1. bis 6. Lebensjahre statt und zwar werden gegen Abgabe der für die Zeit vom 9. Juni bis 6. Juli gültigen Kinder-Fleischkarte Bezugsausweise für

- 1 Pfund Weizengrieß
- 1 " Haferflocken oder Hafermehl, je nach Vorrat
- 1 " Kinderernährung
- 1/2 " Zwieback oder Reis, je nach Vorrat
- 1/4 " Kakao

ausgegeben.

Der Umtausch findet wie folgt statt: in der Zeit vom 5. bis einschl. 7. Juni 1919 von 9-2 Uhr in der Börse, Eingang vom Markt, in der Zeit vom 9. Juni bis 5. Juli 1919 werktäglich von 9-2 Uhr in der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Breite Str. 65, I, Zimmer 1.

Geburtsausweis, sowie der Ausweis zum Bezuge von Lebensmitteln sind vorzulegen.

Fleischkarten, auf welche bereits Fleisch entnommen ist, werden nicht umgetauscht.

Lübeck, den 4. Juni 1919. (3058)

Das Landesverorgungsamt.

## Ausgabe von Speisemarken.

Die Ausgabe der Speisemarken für die Zeit vom 9. Juni bis zum 6. Juli 1919 erfolgt von Donnerstag, den 5. Juni 1919 an von morgens 8 Uhr bis 8 Uhr nachmittags in der Börse, Eingang vom Markt (Zentrale für die Ausgabe von Lebensmittelausweisen).

Für die Zeit bis zum 6. Juli 1919 werden im Höchstfalle 4 Hefte zu 16 Marken, deren Gültigkeit zeitlich nicht beschränkt ist, ausgegeben.

Zur Erlangung je eines Heftes sind abzugeben:

- 1. einer der für Mühlenfabrikate gültigen Abschnitte 101 bis 106 der Bezugskarte.
- 2. einer der zum Bezuge von Zucker gültigen Abschnitte 112 bis 116 der Bezugskarte und
- 3. drei Unterabschnitte der Abschnitte 9-12 der Kartoffelkarte.

Selbstverfoger und Personen, welche auf diese Abschnitte Kartoffeln bereits bezogen haben, erhalten gegen Ablieferung von 3 Pfund zur menschlichen Nahrung geeigneter Kartoffeln für jedes Speisemarkenheft gegen Empfang des Tagespreises in der Städtischen Kartoffelstelle, Königstraße 13, I, einen entsprechenden Ausweis.

Die Ausgabe von Speisemarken für auswärts wohnhafte Personen, welche hier in fester Arbeit stehen, erfolgt nur in der Geschäftsstelle der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Breite Straße 65, Zimmer 1.

Lübeck, den 3. Juni 1919. (3059)

Das Landesverorgungsamt.

## Fleischausgabe.

In der Woche vom 2. bis 8. Juni 1919 werden auf Fleischkarten an erwachsene Personen 200 Gramm frisches Fleisch und Büchsenfleisch, oder 200 Gramm Büchsenfleisch oder 400 Gramm Fleischwurst, für Kinder unter sechs Jahren die Hälfte, ausgegeben. Fleischwurst ist nur, solange der Vorrat reicht, erhältlich.

Der Preis für das Büchsenfleisch beträgt: für 100 Gramm Mt. 0,56, für 200 Gramm Mt. 1,12.

Das auf Grund ärztlichen Attestes Kranken zutreffende Fleisch ist nur bei dem Schlachtermeister Wilh. Rahlf, Hofstraße 3, zu entnehmen.

Die Fleischwurst muß von den Schlachtern am Freitag Vormittag bei den in Betracht kommenden Fabrikanten abgeholt werden.

Lübeck, den 3. Juni 1919. (3069)

Das Landesverorgungsamt.

## Umsatzsteueramt.

Die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte für Zugangsgegenstände im Monat Mai d. J. sind dem unterzeichneten Umsatzsteueramt vor Ablauf des Monats Juni d. J. schriftlich einzureichen oder mündlich abzugeben. Vordrucke können im Steueramt, Zimmer Nr. 7, kostenlos entnommen werden.

Die Abgabe der Erklärung kann durch Geldstrafen erzwungen werden.

Lübeck, den 2. Juni 1919. (3067)

Das Umsatzsteueramt.

Auf Grund einer Verfügung des Herrn Reichsministers der Finanzen vom 27. Mai d. J. wird die Frist für die Ausfertigung der Vermögensverzeichnisse gemäß der Verordnung vom 13. Januar 1919 bis zum 15. Juni d. J. verlängert.

Bei den Wertpapieren (einschließlich der Schuldverschreibungen) wird auf die Eintragung der Kurs- (Steuer-)werte und Gesamtwerte, also auf die Ausfertigung der Spalte „Kurswert“ und „Gesamtwert“ unter III 1 und 2 des Titels für die Vermögensverzeichnisse, verzichtet.

Sind die Stücke der gleichen Wertpapiere verschieden groß, so genügt in der Spalte „Stückzahl“ die Eintragung: „Diverse Stücke“. In der Spalte „Nennwert“ ist unter allen Umständen nicht der Nennwert der einzelnen Stücke, sondern der gesamte Nominalbetrag der betreffenden Wertpapiere anzugeben.

Lübeck, den 3. Juni 1919. (3066)

Das Besitztsteueramt.

## Viehählung.

Gaushaltungen, die Vieh (Pferde, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Federzieg oder Kaninchen) besitzen, und bei denen bisher ein Zähler nicht erschienen ist, haben ihren Viehbestand sofort dem Statistischen Amt, Braunkraße Nr. 2, I, zu melden.

# Schmidts Lacköl

Lindenstr. 37 a.



Betrifft:

bezugsfreie Einnahme von



# Brennmaterialien.

Eine vorzeitige Einnahme von **Brennstoffen** für den kommenden Winter wird in diesem Jahr nach dem heutigen Stande des Kohlenmarktes kaum zu erwarten sein. Es wird vielmehr nur eine **geringe monatliche** Zuteilung seitens der Ortskohlenstelle erfolgen können. Im Interesse unserer geschätzten Kundschaft empfehlen wir daher dringend **sofortige Bestellung** auf:

**Prima schweren BRENTORF.**

Ferner haben wir **grössere Einkäufe** in:

**BRENNHOLZ** aller Art, wie:

**Tannen, Buchen, Birken und Eichen**

getätigt, sodass wir durch eigene Sägerei und Spalterei in der Lage sind, jede Sorte gesägt und auch kleingemacht, für alle Arten **Ofenheizung** und **Zentralheizungs-Anlagen** bestgeeignet, zu liefern. Alle Lieferungen erfolgen **frei Haus** ohne Nebenkosten. (3066)

# Possehl's Kohlenhandel

Abteilung Beckergrube:

Fernspr.: Nr. 692 und 8725.

Abteilung Mühlenstraße 62:

Fernspr.: 8720, 8721, 8722, 8723.

## Deutscher Metallarbeiter - Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Für die hiesige Verwaltungsstelle wird zu sofortigem Antritt ein

## Geschäftsführer

gesucht. Bewerber müssen rednerische und agitatorische Fähigkeit besitzen sowie mit Bureau- und Kassenwesen vertraut sein. Bedingung: 5 Jahre Mitglied im Verband.

Selbstgeschriebene Bewerbungen mit Angabe über bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung und Lebenslauf sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ bis zum 11. d. M. einzureichen an den Kollegen

3098

Wilh. Alwert, Lützowstraße 40.

Am 31. 5. 19 verstarb infolge Herzschlag unser geschätzter langjähriger Mitarbeiter, der Apparatenwärter

(3077)

**Gustav Jackstin.**

Die Arbeiter und Angestellten der Deutschen Oschydrie A. G., Herrenwyk.

**D. T. V.**

Donnerstag abend 7 Uhr

im Bureau.

Nach langem, schweren Leiden entschlief heute sanft mein lieber, guter Mann, unser guter Vater

**Johann Koch**

im 49. Lebensjahre. In tiefster Trauer Anna Koch geb. Paasch, Martha u. Hans Koch nebst allen Verwandten.

Lübeck, den 2. Juni 1919. Kotzwegstraße 52. Die Trauerfeier findet am Sonntag, d. 7. Juni, nachmittags 2 Uhr 45 Min. in der Kapelle des Vorwerter Friedhofes statt. 3075

Für bewiesene herzliche Teilnahme u. reichen Kranzspenden bei der Beerdigung unserer lieben Mutter,

**Frau Marie Ginfelbt**

sagen allen unseren innigsten Dank.

3078

Für die Aufmerksamkeit zu unserer Hochzeit, insbesondere den Kollegen d. Straßenbahn-Depots Habensstraße sowie Hüfenstraße, danken herzlich

**J. Gerber und Frau.**

Ein leeres Zimmer mit oder ohne Küchenbenutzung zu verm.

3045 Rosenmauer 3 a. I.

Gesucht zu sofort für (3080)

**fl. Krankenhaus**

**Älter. Frau od. Frau** als Nachtwache. Freie Station, angemessenes Gehalt.

Näheres Ernestinenstr. 3, I.

Zu sofort oder zum 1. Juli d. J.

**Lehrling**

für Konior geg. Vergütung gef. **Alwin F. Leonhard,** Landw. Maschinen, Lübeck.

fr. n. w. Hut zu verkaufen,

Gr. 53. (3088)

Moislinger Allee 88 a.

Ein Kinderbettstelle zu verkaufen.

(3072)

Alfstraße 21, I.

Ein Liegefuhl zu verkaufen.

(3083) Hanjstraße 113, II, r.

Verkaufbarer Kinderwagen billig zu verkaufen. Zu sehen abds. 7 Uhr. (3082) Belzerstr. 5.

Zu verkaufen 1 Witt. Mantel, 1 Zylinderhut, 1 fr. Hut, Größe 57. (3089) Krähenstr. 9.

Mit getr. gr. Wintermantel zu ff. gef. Ang. m. Pr. u. R. E. 14 an die Exp. d. Bl. (3085)

Wei. e. Weißl., 44, Knabenwäscherei (10-12j.), n. Damenhalsb., Gr. 40, z. t. g. St. Ang. u. B. S. 10 a. d. Exp. (3092)

**Gülden mit Ruten** täglich abzugeben

**K. Grabe, Renjewald,** (3079) Lindenstraße 4.

**Kafferen, Haarshneiden**

**Paul Bienada, Friseur,** Rosenpark 5.

(3088)

Seht doppelte Bedienung.



# unerreich

Verkaufsstellen sind durch Plakate kenntlich. (3071)

Unsere Kassen und Geschäftsräume

bleiben am

**Pfingst-Sonntag, den 7. Juni d. J.**

geschlossen.

Bank für Handel und Gewerbe e. G. m. b. H.,  
Commerz-Bank in Lübeck,  
Commerz- und Diskonto-Bank Filiale Lübeck,  
Direktion der Disconto-Gesellschaft, Filiale  
Lübeck,

Dresdner Bank Filiale Lübeck,  
Alfons Frank & Co.,  
Holsten-Bank Abteilung Lübeck,  
Kreditbank Lübeck, e. G. m. b. H.,  
Landbank Lübeck, e. G. m. b. H.,  
Lübecker Privatbank,  
Spar- und Anleihe-Kasse Lübeck,  
Spar- und Vorschuss-Verein Schwartau,  
Vorschuss- und Spar-Vereins-Bank in Lübeck,  
Louis Wolff, Kommandit-Gesellschaft. (3088)